

GÜTERERZEUGUNG UND - VERBRAUCH

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Zahl und Betriebsfläche.

Ein erstes vorläufiges Ergebnis der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933, und zwar über die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Verwaltungsbezirken und Betriebsgrößenklassen gegliedert, wurde bereits im Dezember 1933 veröffentlicht¹⁾. Diese vorläufigen Zahlen sind bei der eingehenden Bearbeitung der Fragebogen noch ergänzt und berichtigt worden und haben sich für das Deutsche Reich im ganzen um rd. 7 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe erhöht. Neben der Zahl der Betriebe liegen nunmehr auch die Ergebnisse über die Betriebsflächen nach Verwaltungsbezirken und Größenklassen vor, die das Bild über den Aufbau der deutschen Land- und Forstwirtschaft hinsichtlich Betriebsgrößenverteilung und Flächenaufteilung vervollständigen.

Die vorliegenden Ergebnisse umfassen zunächst die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (einschl. der gärtnerischen Betriebe) mit einer Mindestfläche von mehr als einem halben Hektar, da die Betriebe mit kleineren Bodenflächen in der Betriebszählung 1933 nicht zu den landwirtschaftlichen Betrieben im eigentlichen Sinne gerechnet, sondern anschließend gesondert nachgewiesen werden.

Des weiteren ist — insbesondere beim Vergleich mit früheren Betriebszählungen — zu beachten, daß der Gliederung nach Betriebsgrößenklassen die gesamte Fläche des Betriebs, also die land- und forstwirtschaftlich und gärtnerisch benutzten Flächen, Haus- und Hofflächen und die übrigen zum Betrieb gehörigen Flächen in eigener Bewirtschaftung des Betriebsinhabers, zugrunde liegt. Diese als »Betriebsfläche« bezeichnete Gesamtfläche der Betriebe wird in den folgenden Ausführungen nach ihrer gesamten Ausdehnung und nach ihrer Verteilung auf Gebiete und Betriebsgrößen dargestellt. Über die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Nutzflächen sowie über die Gliederung der Betriebe nach der Größe ihrer landwirtschaftlich benutzten Fläche wird demnächst berichtet werden.

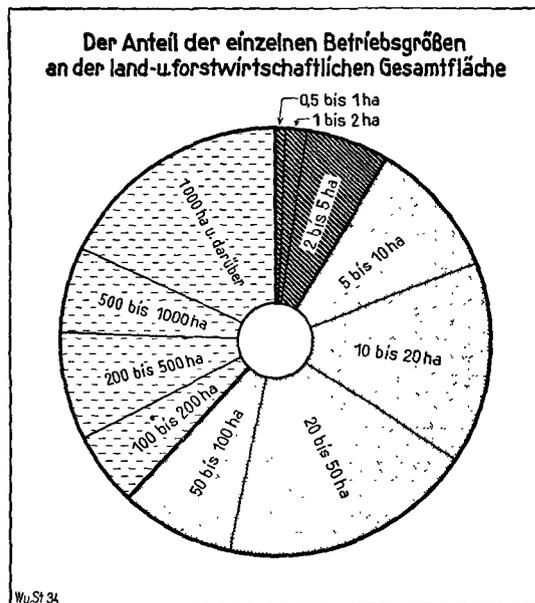
Zahl und Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Am 16. Juni 1933 gab es im Deutschen Reich 3 046 638 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 0,5 ha Betriebsfläche. Die gesamte Fläche dieser Betriebe, also die landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch benutzten Flächen, Haus- und Hofflächen und die übrigen zum Betrieb gehörigen Flächen, umfaßte im ganzen 41 387 720 ha. Da die durch Vermessung ermittelte Gesamtfläche des Deutschen Reichs ohne Saargebiet 46,88 Mill. ha beträgt, wird von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 0,5 ha ein Anteil von etwa 88 vH dieser Gesamtfläche eingenommen. Die übrigen 12 vH entfallen zum kleineren Teil auf Gärten und sonstige Kleinbetriebe bis zu einem halben Hektar bewirtschafteter Bodenfläche, ferner auf alle sonstigen Benutzungsarten, bebaute Grundstücke, Wege, Eisenbahngelände, auf Gewässer sowie unbenutzte Flächen.

Von den 3 047 000 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben mehr als ein Viertel, und zwar 834 000 oder 27,4 vH, eine Betriebsfläche zwischen 0,5 und 2 ha. Diese Betriebe, die im allgemeinen von nebenberuflichen Landwirten bewirtschaftet werden, haben trotz ihrer großen Zahl nur eine Betriebsfläche von zusammen 934 000 ha oder 2,3 vH der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsfläche. Auch die kleinstbäuerlichen Betriebe mit 2—5 ha Betriebsfläche haben bei der großen Zahl von 788 000 Betrieben, die ebenfalls einem Viertel aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe entspricht, mit zusammen 2 582 000 ha einen verhältnismäßig kleinen Anteil (6,2 vH) an der Gesamtfläche. Zusammengelaßt entfallen mithin auf die Betriebsgrößen unter 5 ha mehr als die Hälfte (53,2 vH) aller Betriebe, aber nur 8,5 vH der gesamten Betriebsfläche.

Betriebsgrößenklasse	Betriebe		Betriebsfläche	
	Zahl	vH	ha	vH
unter 2 ha	834 014	27,4	934 087	2,3
2 bis 5 ha	787 526	25,8	2 581 787	6,2
5 » 20 »	1 069 710	35,1	10 629 434	25,7
20 » 100 »	321 557	10,6	11 566 636	27,9
100 ha und darüber	33 831	1,1	15 675 776	37,9

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 13. Jg. 1933, Nr. 23 und Sonderheft 12 zu »W. u. St.«



Die mittelbäuerlichen Betriebe mit 5 bis 20 ha Betriebsfläche, also Betriebe die überwiegend schon als »Acker-nahrung« anzusehen sind und dabei in der Hauptsache von der Familie des Inhabers bewirtschaftet werden, stellen ihrer Zahl nach mit 1 070 000 Betrieben mehr als ein Drittel (35,1 vH) aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, während ihre Fläche mit 10 629 000 ha etwa ein Viertel (25,7 vH) der gesamten Betriebsfläche ausmacht. Einen ähnlichen Umfang, und zwar 11 567 000 ha oder 27,9 vH weist die Gesamtfläche der großbäuerlichen Betriebe von 20 bis 100 ha auf; dabei entspricht die Zahl dieser Betriebe mit 322 000 noch nicht einem Drittel der Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe und etwa einem Zehntel (10,6 vH) aller Betriebe.

Land- und forstwirtschaftliche Großbetriebe mit mehr als 100 ha Betriebsfläche gab es am 16. Juni 1933 im Deutschen Reich insgesamt 33 831, das sind 1,1 vH aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Die von diesen Betrieben umfaßte Bodenfläche bildet dagegen mit 15 676 000 ha einen Anteil von rd. 38 vH der gesamten Betriebsfläche, und zwar entfallen auf Betriebe

mit 100 bis 200 ha Fläche	5,5 vH
» 200 » 500 »	8,0 »
» 500 » 1 000 »	6,5 »
» 1 000 und mehr ha Fläche	17,9 »

Bei den größten Betrieben mit 1000 und mehr ha handelt es sich überwiegend um Forstbetriebe, und zwar größtenteils um staatlichen Besitz.

Veränderungen der Betriebszahl und Betriebsfläche der verschiedenen Betriebsgrößenklassen.

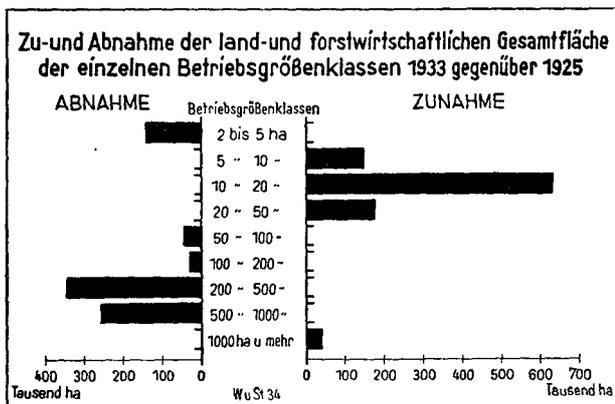
Ein Vergleich mit früheren Betriebszählungen läßt sich angesichts des in den unteren Betriebsgrößenklassen veränderten Erhebungsverfahrens zunächst nur für die Betriebe von 2 ha an aufwärts durchführen¹⁾. Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha Betriebsfläche betrug 1933 insgesamt 2 212 624 und ihre Fläche 40 454 000 ha. Seit dem Jahre 1925 ist demnach eine Zu-

¹⁾ Vgl. Sonderheft 12 zu »W. u. St.«, S. 37.

Zahl und Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Deutschen Reich 1933		Betriebe		Gesamte Betriebsfläche ¹⁾		Zunahme (+) oder Abnahme (-) seit 1925				
		Zahl	vH aller Betriebe	ha	vH der Gesamtbetriebsfläche	Betriebe		Betriebsfläche		
						Zahl	vH jeder Größenklasse	ha	vH jeder Größenklasse	
Größenklassen nach der Betriebsfläche ²⁾										
0,51 bis unter 1	1 ha....	359 863	11,8	263 987	0,7					
1	2 *....	474 151	15,6	670 100	1,6					
0,51	2 *....	834 014	27,4	934 087	2,3					
2	5 *....	787 526	25,8	2 581 787	6,2	- 49 998	- 6,0	- 143 839	- 5,3	
5	10 *....	619 209	20,3	4 359 236	10,5	+ 18 557	+ 3,1	+ 148 587	+ 3,5	
10	20 *....	450 501	14,8	6 270 198	15,2	+ 45 059	+ 11,1	+ 632 761	+ 11,2	
5	20 *....	1 069 710	35,1	10 629 434	25,7	+ 63 616	+ 6,3	+ 781 348	+ 7,9	
20	50 *....	267 060	8,8	7 947 647	19,2	+ 7 903	+ 3,0	+ 177 681	+ 2,3	
50	100 *....	54 497	1,8	3 618 989	8,7	- 773	- 1,4	- 46 890	- 1,3	
20	100 *....	321 557	10,6	11 566 636	27,9	+ 7 130	+ 2,3	+ 130 791	+ 1,1	
100	200 *....	16 536	0,5	2 255 161	5,5	- 226	- 1,3	- 29 038	- 1,3	
200	500 *....	10 593	0,4	3 310 301	8,0	- 1 081	- 9,3	- 345 929	- 9,5	
500	1 000 *....	3 911	0,1	2 691 517	6,5	- 403	- 9,3	- 257 968	- 11,5	
1 000 ha und darüber	2 791	0,1	7 418 797	17,9	- 153	- 5,2	+ 42 236	+ 0,6	
100 ha und darüber	33 831	1,1	15 675 776	37,9	- 1 863	- 5,2	- 590 699	- 3,6	
Zusammen		3 046 638	100	41 387 720	100					
Darunter Betriebe mit 2 ha und darüber		2 212 624	72,6	40 453 633	97,7	+ 18 885	+ 0,9	+ 177 601	+ 0,4	

¹⁾ Unter Betriebsfläche ist die Gesamtfläche des Betriebes zu verstehen, also die land- und forstwirtschaftlich und gärtnerisch benutzten Flächen, Haus- und Hofflächen und die übrigen zum Betrieb gehörigen Flächen in eigener Bewirtschaftung des Betriebsinhabers.

nahme um 18 900 Betriebe und um 178 000 ha Betriebsfläche bei der Gesamtheit der Betriebsgrößenklassen von 2 ha aufwärts eingetreten. Im Hinblick darauf, daß allein durch die Siedlungstätigkeit seit 1925 etwa 42 000 Neusiedlerstellen geschaffen wurden, erscheint diese Zunahme zunächst gering. Vergleicht man dagegen die Betriebsgrößenklassen von 5 ha an aufwärts, also diejenigen Betriebe, die im allgemeinen als selbständige Aekernahrung anzusehen sind, so zeigt sich eine Zunahme von 68 900 Betrieben und 321 000 ha Betriebsfläche, die zum Teil darauf beruht, daß frühere Kleinbetriebe und kleinbäuerliche Betriebe durch freihändigen Zukauf, Zupacht oder durch die staatliche Anliegersiedlung in die Betriebsgrößenklassen von 5 ha und darüber hineingewachsen sind. Andererseits stammt der Zuwachs aus der Aufteilung größerer Betriebe, die seit 1925 im Wege der staatlichen Siedlungstätigkeit und privater Einzelmaßnahmen vorgenommen worden ist.



Bemerkenswert ist vor allem die starke Zunahme der Betriebszahl und Betriebsfläche bei den mittelbäuerlichen Betrieben von 5 bis 20 ha, die seit 1925 insgesamt 63 616 Betriebe (6,3 vH) und 781 000 ha Betriebsfläche (7,9 vH) betrug. Der größte Teil dieser Zunahme bei den mittelbäuerlichen Betrieben entfällt auf die Betriebe mit 10 bis 20 ha Betriebsfläche, also auf Betriebe, die eine volle Aekernahrung darstellen und in der Hauptsache von der bäuerlichen Familie selbst bewirtschaftet werden. In dieser Größenklasse sind seit 1925 etwa 45 000 Betriebe oder 11 vH des damaligen Bestandes hinzugekommen, ihre Betriebsfläche ist um 633 000 ha (11 vH) größer geworden. Bei den Betrieben von 5 bis 10 ha, von denen eine An-

zahl unter der Grenze einer vollen Aekernahrung liegt, war die Zunahme nicht so stark, betrug aber immerhin 18 600 Betriebe (3,1 vH) bzw. nahezu 150 000 ha (3,5 vH).

Bei der Betriebsgrößenklasse von 20 bis 50 ha ist eine Zunahme um 7 900 Betriebe (3 vH) und 178 000 ha (2,3 vH) zu verzeichnen. Bei den Betrieben von 50 bis 100 ha und von 100 bis 200 ha ergab sich ein Rückgang der Betriebsfläche um 1,3 vH, bei der Größenklasse von 200 bis 500 ha um 9,5 vH, bei Großbetrieben von 500 bis 1 000 ha um 11,5 vH. Die Verringerung in der Zahl der Großbetriebe mit 1 000 und mehr ha um 153 Betriebe, bei denen es sich überwiegend um Forsten, größtenteils um Staatsforsten

handelt, dürfte dadurch herbeigeführt sein, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen eine Anzahl von Betrieben (Forstrevieren) zu größeren Bewirtschaftungseinheiten zusammengelegt wurden, ohne daß die Flächen dabei den Besitzer gewechselt haben. Ihre Gesamtfläche hat um 42 000 ha zugenommen.

Zahl und Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den verschiedenen Reichsteilen.

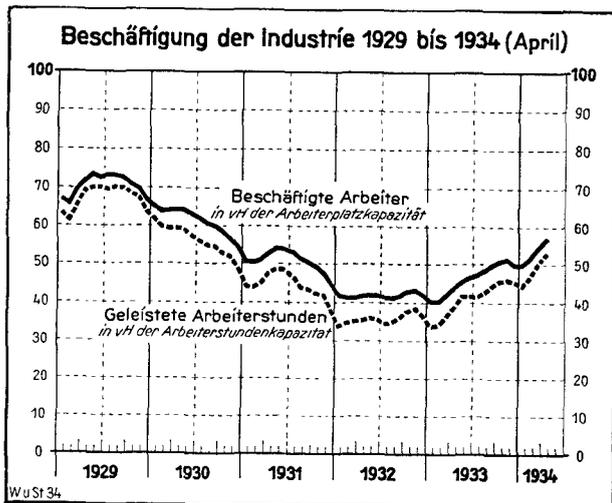
Von der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe des Deutschen Reichs entfallen auf Preußen 1 666 574 Betriebe (55 vH), von der Gesamtbetriebsfläche 25 877 000 ha (63 vH). Die durchschnittliche Fläche eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ist mithin in Preußen, besonders in den östlichen preußischen Provinzen, größer als im Reichsdurchschnitt. Von je 100 ha land- und forstwirtschaftlicher Betriebsfläche kamen auf Großbetriebe im Reichsdurchschnitt 38 ha, in Preußen 41 ha, in Ostpreußen und Niederschlesien rd. 47 ha, in Pommern 58 ha, in Brandenburg und in der Grenzmark Posen-Westpreußen 52 ha. Noch stärker als in den preußischen Ostprovinzen herrscht der Großbetrieb in Mecklenburg vor, wo von der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsfläche von 1,4 Mill. ha etwa 908 000 ha oder 64 vH auf Betriebe mit 100 und mehr ha Betriebsfläche entfallen. Auch die Länder Anhalt und Braunschweig weisen mit 52 und 41 vH beträchtliche Großbetriebsflächen auf. Demgegenüber tritt der Anteil der Großbetriebe in den anderen deutschen Ländern und in den westlichen preußischen Provinzen zurück, mit Ausnahme derjenigen Gebiete, die — wie Hessen-Nassau, die Pfalz oder Thüringen — infolge ihres umfangreichen Waldbestandes einen verhältnismäßig hohen Flächenanteil der Großbetriebe aufweisen. Besonders klein ist der Flächenanteil der Großbetriebe an der Gesamtfläche in den nordwestdeutschen Gebieten Oldenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen; auch in Bayern, Sachsen und Württemberg liegt er erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Als ausgesprochene Gebiete mit vorherrschend großbäuerlicher Betriebsform heben sich die genannten nordwestdeutschen Gebiete ab, in denen der Flächenanteil der Betriebsgrößenklassen von 20 bis 100 ha mit 55 vH in Schleswig-Holstein, 45 vH in Oldenburg, 41 vH in Hannover und 39 vH in Westfalen weit über dem Reichsdurchschnitt liegt, der für diese Größenklasse 28 vH beträgt. Die natürlichen Wirtschaftsgrundlagen dieser Gebiete, vor allem die dort verbreitete Weidewirtschaft, die auch für »Familienbetriebe« einen verhältnismäßig großen Betriebsumfang zuläßt, dürfte zusammen mit der in diesen Gebieten herrschenden Ackerbauweise zur Ausbreitung und Erhaltung dieser Betriebsgröße geführt haben.

Mittelbäuerliche Betriebe von 5 bis 20 ha sind vor allem in den süddeutschen Ländern sowie in den südwestdeutschen preußischen Gebieten verhältnismäßig zahlreich vertreten. Sie nehmen in Bayern und Hessen 35 vH, in Württemberg und der

der Verlangsamung des Absatzes durch die Osterfeiertage um 7 vH. In den Vereinigten Staaten wurden im Laufe des April 13 weitere Hochöfen in Betrieb genommen, so daß die arbeitsfähige Roheisenerzeugung um 12 vH zunahm; die arbeitsfähige Herstellung von Siemens-Martin- und Bessemer-Rohstahlblöcken stieg um 13 vH.

Die Beschäftigung der Industrie im Frühjahr 1934.

Der Auftrieb der industriellen Beschäftigung hat sich im Frühjahr 1934 verstärkt fortgesetzt. Schon die Entwicklung in den Wintermonaten ließ erkennen, daß die zum Aufschwung drängenden Kräfte in der Wirtschaft noch an Stoßkraft gewonnen haben. So ist der saisonmäßige Rückgang der industriellen Tätigkeit um die Jahreswende 1933/34 schneller als in den letzten Jahren überwunden worden. Im März ist dann die Zahl der beschäftigten Arbeiter und der geleisteten Stunden stärker als in irgendeinem Monat der letzten Jahre gestiegen. Die Aufwärtsbewegung hat sich im April — in den Konjunkturindustrien verstärkt — fortgesetzt. Damit hat die industrielle Beschäftigung, gemessen an der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, den Stand vom Herbst 1930 bereits wieder erreicht.



Der Auftrieb in den Frühjahrsmonaten hat dazu geführt, daß die Beschäftigung in der überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige den Stand vom November 1933, der im allgemeinen der höchste Stand des Vorjahres war, beträchtlich überschritten hat. So ist die Zahl der geleisteten Stunden in den Produktionsgüterindustrien im April um 9 vH der Kapazität größer als im November 1933; in den Verbrauchsgüterindustrien hat sie in der gleichen Zeit um etwas mehr als 3 vH der Kapazität zugenommen.

Die stärkere Belegung in den Produktionsgüterindustrien ist zunächst auf den Saisonrhythmus dieser Industriegruppe zurückzuführen. In einer Reihe von Produktionsgüterindustrien pflegt die Beschäftigung aus jahreszeitlichen Gründen im Frühjahr zu steigen. Selbst in den Krisenjahren 1930/31 war hier eine, wenn auch geringe, Belegung zu beobachten. Innerhalb dieser Gruppe hat sich der Fahrzeugbau am stärksten belebt; vom November 1933 bis April 1934 hat hier die Zahl der geleisteten Stunden um über 16 vH der Kapazität zugenommen. Hieran ist vor allem die Automobilindustrie beteiligt, deren Absatz durch Maßnahmen der Reichsregierung besonders gefördert wird. Etwas geringer war die Belegung bei den Sägewerken. Der steigende Bedarf an Schnittmaterial infolge der erhöhten Bautätigkeit und Möbelherstellung machte einen größeren Einschnitt von Rundholz notwendig, um die an sich nicht großen Lager vor allem an Kiefern-schnittmaterial aufzufüllen. Innerhalb der Gruppe der Baustoffindustrien hat die Beschäftigung besonders in der Ziegel-, Zement- und Gipsindustrie zugenommen. Im Baugewerbe ist der Höchststand des Vorjahres um 10 vH überschritten.

Die starke Belegung in den Produktionsgüterindustrien ist aus saisonmäßigen Gründen allein nicht zu erklären. Daß hierbei auch starke konjunkturelle Kräfte mitwirken, zeigt die Entwicklung in den Produktionsgüterindustrien ohne ausgeprägte Saisonbewegung. So ist in den Investitionsgüterindustrien die Zahl der geleisteten Stunden um über 12 vH

der Kapazität größer als im November 1933. Hier hat sich vor allem die Beschäftigung der Eisengießereien, der Groß-eisenindustrie, des Maschinenbaus und der Metallwalzwerke belebt. Schwächer war die Zunahme in den Metallhütten und in der Elektroindustrie.

Der Auftrieb der Wirtschaftstätigkeit spiegelt sich auch in der Beschäftigung der Industriezweige wider, die mit der Wirtschaft vielseitig verflochten sind. Hier hat sich am stärksten die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlwarenindustrie und in der Lederherzeugung erhöht. Geringer war die Zunahme in der Papierherzeugung sowie in der Feinmechanik und Optik. Die papierverarbeitende Industrie hat, trotz der Belegung im März und April, den Beschäftigungsstand vom November 1933 noch nicht erreicht.

In den Verbrauchsgüterindustrien ergibt sich kein so eindeutiges Bild, da hier einander entgegengesetzte Saisontendenzen wirksam sind. Am stärksten hat sich die Beschäftigung in der Bekleidungs- und in der Textilindustrie erhöht. Schwächer war die Belegung in der Lederwarenindustrie. In der Holzverarbeitenden Industrie ist der saisonmäßige Rückgang in den Wintermonaten im ganzen ausgeglichen. In der Spielwarenindustrie sowie in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien waren die zum Rückgang drängenden Saisontendenzen so stark, daß der Höchststand vom Vorjahr noch nicht wieder erreicht werden konnte. Auch in der Nichteisen-Metallwarenindustrie ist das Arbeitsvolumen im ganzen noch kleiner als im November 1933; die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat dagegen den Höchststand des Vorjahres überschritten.

Die Beschäftigung der Angestellten ist seit dem Frühjahr 1933 ununterbrochen, in den letzten Monaten sogar verstärkt gestiegen. Gegenüber November 1933 hat sich die Zahl der Angestellten in den Produktionsgüterindustrien um 5 vH der Kapazität erhöht; in den Verbrauchsgüterindustrien war die Zunahme — ähnlich wie bei der Beschäftigung der Arbeiter — schwächer und betrug rd. 3 vH der Kapazität. Die größten Einstellungen sind seit November 1933 in den Investitionsgüterindustrien ohne ausgeprägte Saisonbewegung, im Fahrzeugbau und in der blechverarbeitenden Industrie vorgenommen worden.

Beschäftigung der Industrie (Ergebnisse der Industrieberichterstattung)	Beschäft. Arbeiter in vH der Arbeitsplatzkapazität ¹⁾		Geleistete Arbeiterstunden in vH der Arbeiterstundenkapazität ²⁾		Durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter in Stunden ³⁾		Beschäft. Angestellte in vH der Angestelltenplatzkapazität ⁴⁾	
	1934							
	Marz	April ⁴⁾	Marz	April ⁴⁾	Marz	April ⁴⁾	Marz	April ⁴⁾
Gesamte Industrie	54,4	57,0	50,0	53,0	7,44	7,49	65,3	66,8
Produktionsgüterind.	51,9	55,5	48,2	52,3	7,48	7,56	62,1	63,8
dav. Investitionsgüterind. ohne ausgeprägte Saisonbewegung	50,0	53,2	46,7	50,4	7,52	7,61	60,9	62,5
Verbrauchsgüterind.	57,6	59,0	52,3	53,9	7,39	7,40	69,5	70,9
Bergbau ⁵⁾	62,3	—	57,2	—	—	—	75,6	—
Großeisenindustrie	60,9	64,1	55,6	60,3	7,51	7,74	68,2	69,6
Nichteisen-Metallhütten- und -Walzwerke	66,3	69,0	54,1	56,9	7,43	7,51	74,1	76,0
Eisen- u. Stahlwarenind.	54,0	55,9	48,9	51,4	7,42	7,51	70,6	71,5
Blechverarbeitende Ind.	46,5	49,1	42,2	45,4	7,48	7,58	66,7	69,2
Nichteisen-Metallwarenindustrie	58,5	60,5	49,0	50,4	6,94	6,94	67,8	69,6
Maschinenbau	53,7	57,2	49,9	53,4	7,58	—	60,0	61,6
Fahrzeugbau	53,5	58,1	49,5	53,9	7,58	7,57	62,0	63,9
Elektroindustrie	56,4	—	49,9	—	7,08	—	63,2	—
Feinmechanik und Optik	53,2	54,8	48,8	50,9	7,37	7,39	67,4	68,9
Baugewerbe	36,7	43,7	—	—	—	—	46,3	50,2
Holzbearbeitende Ind.	52,4	55,9	50,2	55,1	7,67	7,94	49,8	51,8
Holzverarbeitende Ind.	43,3	45,1	38,8	42,1	7,31	7,55	51,9	52,6
Lederherzeugende Ind.	67,2	68,3	64,1	65,6	7,54	7,59	75,4	76,5
Lederverarbeitende Ind.	31,2	33,0	31,2	33,0	7,70	7,85	47,2	48,6
Papierherzeugende Ind.	68,6	69,4	59,0	61,3	7,65	7,86	77,3	78,3
Papierverarbeitende Ind.	51,0	52,0	46,7	48,8	7,18	7,34	65,9	67,0
Vertriebsmittelgewerbe	66,0	66,6	63,7	64,0	7,72	7,69	77,9	78,1
Textilindustrie	69,8	71,4	63,7	65,5	7,48	7,52	78,3	79,1
Bekleidungsind.	51,5	53,3	47,6	48,7	7,61	7,41	65,1	67,3
davon Lederschuhind.	69,5	71,2	59,9	60,8	7,45	7,35	73,7	75,4
Nahrungsmittelind.	62,9	61,1	57,6	56,1	7,62	7,59	78,3	79,0
Genußmittelind.	72,0	73,0	65,2	67,9	7,17	7,39	74,8	75,7

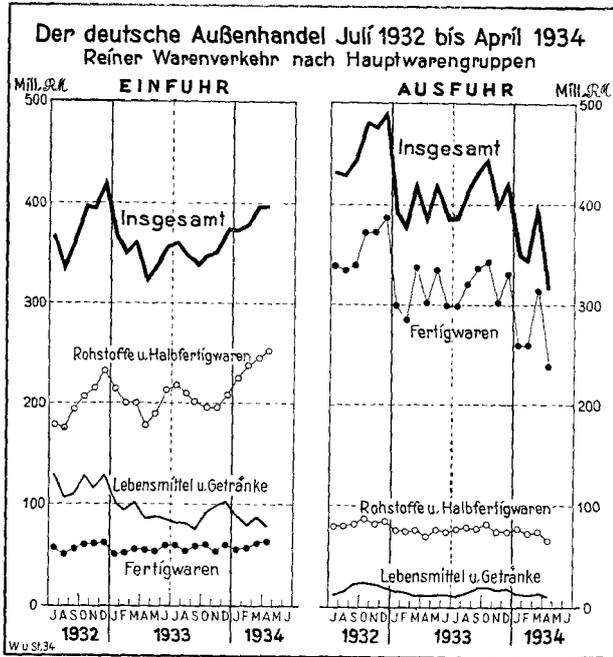
Anmerkungen: Die Angaben für die einzelnen Industriezweige und -gruppen sind nur in ihrer Bewegung, nicht aber in ihrer absoluten Höhe voll miteinander vergleichbar. — ¹⁾ Höchstzahl der Arbeiter (bzw. Angestellten), die bei voller Besetzung aller Betriebsrichtungen beschäftigt werden können. — ²⁾ Stundenzahl, die bei Besetzung aller Betriebsrichtungen in der tariflichen Arbeitszeit geleistet werden kann. — ³⁾ Die Ziffern hinter dem Komma bedeuten Dezimalteile einer Stunde. — ⁴⁾ Zum Teil vorläufig. — ⁵⁾ Statt der Stunden Schichten.

HANDEL UND VERKEHR

Der deutsche Außenhandel im April 1934.

Die Handelsbilanz weist für April einen Einfuhrüberschuß von 82 Mill. *R.M.* aus. Nach einer vorübergehenden Unterbrechung im März hat sich die Tendenz zur Passivierung der Handelsbilanz damit fortgesetzt. Die Passivierung ergab sich diesmal ausschließlich aus einem Rückgang der Ausfuhr von 401 Mill. *R.M.* auf 316 Mill. *R.M.* im April. Die Einfuhr war ebenso hoch wie im Vormonat.

die Ende März erlassenen Einkaufsverbote für eine Reihe von Rohstoffen sich im April in der Einfuhr bereits stärker auswirken würden, konnte allerdings noch kaum erwartet werden. Denn bei den aus Übersee bezogenen Rohstoffen — die unter die Einkaufsverbote fallenden Rohstoffe kommen überwiegend aus überseeischen Ländern — ergibt sich zwischen Einkauf und Einfuhr nach Deutschland schon mit Rücksicht auf die Transportdauer eine Frist von mehreren Wochen oder sogar Monaten. Dazu kommt, daß bereits gekaufte Waren vielfach erst nach längerer Zeit abgerufen werden. Tatsächlich hat im April die Einfuhr gerade wieder bei einigen der von den Einkaufsverböten betroffenen Waren, Wolle und Metallen, stärker zugenommen. Die im April eingeführte Wolle stammt anscheinend größtenteils noch aus Käufen, die bereits vor Mitte Februar, lange vor Inkrafttreten der Einkaufsverbote, getätigt wurden. Darauf läßt die Steigerung der Einfuhrdurchschnittswerte schließen. Bis zu dem genannten Zeitpunkt war die Tendenz der Wollpreise aufwärts gerichtet, in der folgenden Zeit gingen die Preise wieder zurück.



Im ganzen hat die Rohstoffeinfuhr im April einen Stand erreicht, der, wie die nachstehende Übersicht erkennen läßt, mengenmäßig nur wenig (4,6 vH) hinter ihrem Umfang im gleichen Monat von 1928 zurückbleibt. Allerdings ist ein Vergleich zwischen zwei einzelnen, noch dazu weit auseinanderliegenden Monatsergebnissen nicht unbedingt beweiskräftig. Vergleicht man die Ergebnisse für die ersten vier Monate, so ergibt sich ein Abstand von fast 15 vH gegenüber 1928. Aufschlußreich ist die Aufgliederung nach den größeren Rohstoffgruppen. Stark im Rückstand ist nach wie vor die Einfuhr von Produktionsgüterrohstoffen; nur Kupfer hat innerhalb dieser Gruppe den Stand von 1928 annähernd wieder erreicht. Die Einfuhr von Verbrauchsgütern ist im ganzen ebenfalls fast so hoch wie in den ersten vier Monaten von 1928. Die Textilrohstoffe, die den Hauptanteil an dieser Gruppe haben, weisen sogar etwas höhere Zahlen auf. Ganz aus dem Rahmen fällt die Einfuhr von Kautschuk, die infolge ihrer strukturellen Begünstigung ihren damaligen Umfang bereits um ein Drittel überschreitet. Die gleichen Gründe waren für die Einfuhr von Mineralölen bestimmend, die gegenüber 1928 um 10 vH erhöht ist.

Warenverkehr im Spezialhandel	Einfuhr				Ausfuhr			
	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren	Reiner Warenverkehr	Lebensmittel	Rohstoffe	Fertigwaren
	Mill. <i>R.M.</i>							
Dezember 1933	374,4	103,8	208,1	59,9	423,8	18,1	73,7	331,4
Januar 1934	372,1	88,7	224,6	55,5	349,9	13,0	77,6	258,7
Februar 1934	377,9	79,2	238,0	56,9	343,3	11,6	71,4	259,7
März 1934	397,7	87,5	244,7	61,8	401,1	13,4	72,1	315,1
April 1934	398,2	79,0	253,0	63,3	315,8	10,4	65,7	239,5
Monatsdurchschnitt								
1933	350,3	90,2	201,7	55,8	405,9	14,3	75,3	315,6
1932	388,9	124,4	201,0	60,6	478,3	17,0	86,0	374,1
1931	560,6	164,1	289,8	102,1	799,9	29,9	151,1	615,0
Jan./April 1934	1 545,9	334,4	960,3	237,4	1 410,1	48,4	286,7	1 073,1
1933	1 397,3	380,8	791,7	214,6	1 571,5	51,8	293,5	1 222,5
Vorjahreswerte 1934 ¹⁾	1 563,6	367,1	929,8	253,2	1 574,8	60,5	312,5	1 200,1

¹⁾ Januar/April 1934 bewertet mit Durchschnittswerten der Vorjahrsmonate.

Saisonmäßig hätte die Einfuhr eher etwas steigen müssen. Im vergangenen Jahr ist die Einfuhr von März zu April allerdings zurückgegangen. Diese Entwicklung wurde jedoch entscheidend durch handelspolitische Einflüsse bestimmt. Die Neuregelung der Fettbewirtschaftung und zusätzliche Einfuhrbeschränkungen auf anderen Gebieten hatten im März 1933 bei einzelnen Lebensmitteln und Lebensmittelrohstoffen (Tran, Eier, Ölkuchen) zu größeren Voreindeckungen geführt, auf die im April dann wieder ein um so stärkerer Rückgang folgte. In früheren Jahren hat die Einfuhr jedoch überwiegend zugenommen.

Wenn im laufenden Jahr sich die Saisontendenz in der Gesamteinfuhr nicht durchsetzen konnte, so lag dies ausschließlich an der Verminderung der Lebensmitteleinfuhr. Der Rückgang stellt hier im wesentlichen eine Rückwirkung auf die verhältnismäßig starke Steigerung im Vormonat dar. Die Rohstoffeinfuhr ist dagegen um etwa 3 vH gestiegen. Wenn diese Zunahme auch gering erscheinen mag, so ist dabei doch zu berücksichtigen, daß die Tendenz der Rohstoffeindeckungen bereits seit Dezember vergangenen Jahres aufwärts gerichtet ist. Daß

Die deutsche Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren. Auf Grundlage der Durchschnittswerte von 1928 in Millionen *R.M.*

Warengruppe	Januar—April			April		
	1928	1933	1934	1928	1933	1934
Insgesamt	2 606,1	1 892,5	2 230,8	609,8	427,8	581,9
davon:						
Rohstoffe für die Landwirtschaft u. das Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	505,6	489,7	421,3	131,8	97,6	88,9
Industrierohstoffe	2 100,5	1 402,8	1 809,5	478,0	330,2	493,0
darunter:						
für die Verbrauchsgüterindustrie	1 137,6	911,9	1 127,8	258,3	210,8	300,2
Textilien	757,1	641,0	778,2	184,8	151,5	207,1
Haute u. Felle (ohne Pelzwerk)	171,7	109,2	154,9	36,8	25,6	36,4
Papierrohstoffe	29,9	26,3	26,9	4,9	4,0	5,7
Kautschuk	50,4	48,6	66,7	10,7	13,1	18,1
Sonstige Rohstoffe	128,5	86,8	101,1	21,1	16,6	32,9
für die Produktionsgüterindustrie	829,1	384,1	544,1	196,1	86,8	154,9
Bau- und Nutzholz	171,7	32,4	48,6	36,8	5,7	13,2
Eisenerze	82,7	24,6	35,0	20,0	5,8	13,0
Eisen (auch Halbzeug)	34,1	16,2	16,6	8,4	3,9	5,7
Kupfer	134,8	64,8	130,5	32,9	12,1	39,0
Sonstige unedle Metalle	88,3	45,6	74,7	19,0	11,3	22,8
Sonstige Rohstoffe	317,5	200,5	238,7	79,0	48,0	61,2
Kraftstoffe	133,8	106,8	137,6	23,6	32,6	37,9
Mineralöle	81,5	72,4	89,2	11,1	24,6	26,0

Der Rückgang der Ausfuhr um insgesamt 85 Mill. *R.M.* ist weitgehend durch die Saisontendenz bedingt. Im Durchschnitt der vergangenen Jahre hat die Ausfuhr von März zu April um etwa 8 vH abgenommen. Der Rückgang war diesmal jedoch mehr als doppelt so stark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Märzergebnis verhältnismäßig günstig war. In diesem Monat hatte die Ausfuhr um 17 vH zugenommen, während sich für den Durchschnitt der Vorjahre nur eine Steigerung um etwa 10 vH ergibt. Die Schrumpfung der Ausfuhr im April stellt also zu

einem erheblichen Teil nur eine Rückwirkung auf die verhältnismäßig große Zunahme im März dar. Es ist möglich, daß der saisonmäßige Auftrieb im März diesmal durch die frühe Lage der Osterfeiertage erheblich verstärkt wurde und daß daher auch der saisonübliche Rückschlag im April um so stärker zum Ausdruck kommen mußte.

Gewisse Anhaltspunkte für diese Erklärung des Ausfuhrückgangs ergeben sich aus einem Vergleich mit dem Vorjahr. Mengenmäßig war die Ausfuhr im April um fast 9 vH geringer als im Vorjahr. Faßt man jedoch die Ergebnisse für März und April zusammen, so verringert sich der Unterschied auf wenig mehr als 2 vH.

An dem Rückgang der Ausfuhr waren alle Hauptgruppen beteiligt. Der Hauptanteil entfällt jedoch auf Fertigwaren (76 von 85 Mill. *R.M.*). Hier ist die Abnahme am größten bei den Gruppen, die im Vormonat besonders stark zugenommen hatten, bei Textil-

fertigwaren, chemischen Erzeugnissen, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen. In der Rohstoffausfuhr ist lediglich eine saisonmäßig bedingte Erhöhung der Ammoniakausfuhr erwähnenswert.

Auch gegenüber dem April des vergangenen Jahres hat die Ausfuhr bei den weitaus meisten Gruppen — mengen- und wertmäßig — stark abgenommen. Faßt man jedoch wieder die beiden Monate März und April zusammen, so ist das Bild der mengenmäßigen Entwicklung sehr viel weniger einheitlich. Überwiegend ergeben sich auch dann noch Ausfuhrückgänge, aber bei einigen wichtigen Gruppen auch stärkere Zunahmen. Das letztere gilt insbesondere für die Erzeugnisse der chemischen Industrie, vor allem Farben, ferner aber auch für Walzwerkserzeugnisse, Kupferwaren und einzelne Maschinenarten. Elektrotechnische Erzeugnisse, Kraftfahrzeuge und einige kleinere Warengruppen haben ihren Vorjahrsstand gehalten.

Die Bezugs- und Absatzländer im deutschen Außenhandel im 1. Vierteljahr 1934.

Die Einfuhr aus Europa erhöhte sich vom 1. Vierteljahr 1933 zum 1. Vierteljahr 1934 um 4,3 vH auf 592,8 Mill. *R.M.*, die Einfuhr aus Übersee um 9,1 vH auf 551,4 Mill. *R.M.* Die Zunahme der Einfuhr war demnach für Übersee verhältnismäßig doppelt so stark wie für Europa. Die Steigerung entfiel ausschließlich auf Rohstoffe und Fertigwaren. Bei Fertigwaren stand einer Zunahme der Europabezüge eine Abnahme der Überseeimporte gegenüber. Die Rohstoffeinfuhr aus Übersee stieg stärker (+ 18,1 vH) als aus Europa (+ 10,3 vH). Die Lebensmittelimporte verminderte sich aus Übersee um 14,9 vH, aus Europa um 13,3 vH.

Lage der Dinge ein Rückgang zu erwarten war. Hier dürften überwiegend Qualitätsverschiebungen eine Rolle gespielt haben. Daneben aber wird die abweichende Gestaltung auch mit der Neuordnung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu verschiedenen Ländern zusammenhängen.

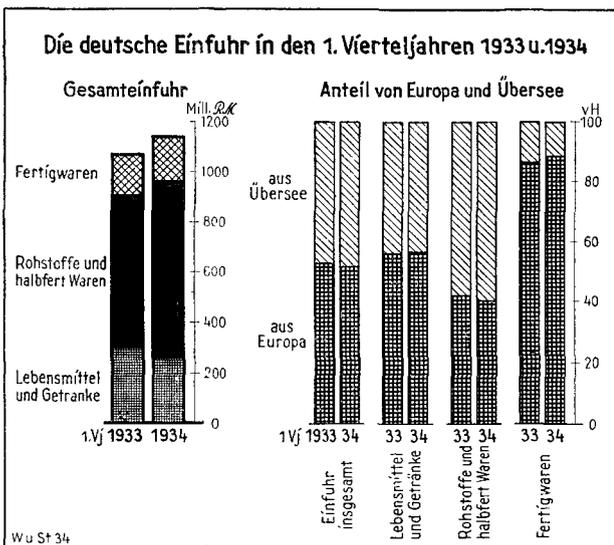
Zu den Bezugsgebieten der letzten Art dürften die Schweiz, die Niederlande, Ungarn und Bulgarien gehören. Die Einfuhr aus der Schweiz ist von Januar bis März 1934 gegen Januar bis März 1933 um fast $\frac{1}{3}$ gestiegen. Die Zunahme betraf hauptsächlich Fertigwaren, und zwar überwiegend solche, deren Einfuhr aus anderen Ländern teils zurückging (Baumwollgarne, Baumwollgewebe), teils sich nur unerheblich erhöhte (Sonstige Maschinen). Ebenfalls beträchtlich (+ 37,6 vH) haben die Warenbezüge Deutschlands aus Ungarn zugenommen (Lebensmittel und Rohstoffe). Bei den Niederlanden belief sich die Umsatzsteigerung nur auf knapp $\frac{1}{10}$. Berücksichtigt man jedoch die überwiegend agrarische Struktur dieses Bezugsgebietes und die Schrumpfung des deutschen Nahrungs- und Genußmittelbedarfs, so ist die Zunahme ebenfalls als beträchtlich zu bezeichnen. Die im einzelnen notwendig gewordene Beschränkung der Einfuhr von Eiern, Kase, Fischen und Fischzubereitungen, pflanzlichen Ölen und Fetten sowie Ölkuchen wurde durch Erhöhung der Bezüge von Butter, Milch, Fleisch und Fleischwaren, Küchengewächsen, Kohlen und Koks, Zinn und Kunstseidengarn ausgeglichen.

Die deutsche Einfuhr aus Europa und Übersee in den 1. Vierteljahren 1933 u. 1934 in Mill. <i>R.M.</i>	Insgesamt			aus Europa			aus Übersee		
	1. Vj. 1933	1. Vj. 1934	Veränd. geg. 1933 vH	1. Vj. 1933	1. Vj. 1934	Veränd. geg. 1933 vH	1. Vj. 1933	1. Vj. 1934	Veränd. geg. 1933 vH
	Einfuhr insgesamt..	1076,2	1147,6	+ 6,5	568,1	592,8	+ 4,3	505,6	551,4
Lebensmittel u. Getränke	295,2	255,4	- 13,5	164,5	142,7	- 13,3	128,4	109,3	- 14,9
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	614,3	707,2	+ 15,1	258,2	284,8	+ 10,3	355,9	420,4	+ 18,1
Fertigwaren	159,1	174,2	+ 9,5	137,8	154,5	+ 12,1	21,2	19,6	- 7,5

Außer aus den vorgenannten Bezugsgebieten hat Deutschland noch aus einer Reihe anderer europäischer Staaten im 1. Vierteljahr 1934 mehr als im Vorjahr bezogen. Besonders stark war die Belebung im Verkehr mit dem Saargebiet (+ 45,1 vH; Eisenwaren) und Belgien-Luxemburg (+ 33,3 vH; Wolle). Mit den übrigen Industrie- und Rohstoffländern Europas wurden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zwar ebenfalls Umsatzsteigerungen erzielt, doch waren diese durchweg erheblich geringer. Sie betrafen bei Frankreich und Großbritannien, wie schon bei Belgien-Luxemburg, in der Hauptsache Wolle. Daneben waren im ersten Fall noch Häute und Felle, im zweiten noch Steinkohlen und Wollgarne von Bedeutung. Im Gegensatz zur Gesamtentwicklung der Rohstoffeinfuhr hat die Einfuhr aus Schweden beträchtlich abgenommen (- 21,8 vH).

Infolge der Schrumpfung des deutschen Nahrungs- und Genußmittelbedarfs verminderte sich besonders die Einfuhr aus Norwegen (- 43,1 vH), Jugoslawien (- 36,8 vH), Finnland (- 35,3 vH), Dänemark (- 29,3 vH) und Rumänien (- 24,7 vH). Die Abnahme betraf bei Norwegen gehärteten Tran sowie Fische und Fischzubereitungen, bei Jugoslawien Eier und Obst — daneben Kupfer —, bei Finnland Eier und Butter, bei Dänemark Eier, Schmalz, gehärteten Tran sowie Ölkuchen und bei Rumänien Mais, Hülsenfrüchte und Fleisch (außerdem Mineralöle).

Von den überseeischen Gebieten haben an der Steigerung der deutschen Rohstoffeinfuhr vor allem die Länder der Wollherzeugung teilgenommen. So ist die Zunahme der Ausfuhr Australiens nach Deutschland in Höhe von 22,5 Mill. *R.M.* in vollem Umfang auf erhöhte Wolllieferungen zurückzuführen. Gleiches gilt für Neuseeland und Uruguay, deren Wollverschiffungen nach Deutschland im 1. Vierteljahr 1934 um 5,0 und 5,4 Mill. *R.M.* größer waren als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Auch bei Britisch-Sudafrika ist die Steigerung der Einfuhr



Im Verkehr mit den einzelnen europäischen und überseeischen Ländern ist die Entwicklung zum Teil erheblich anders verlaufen. Abgesehen davon, daß die Wirtschaftsstruktur der Bezugsgebiete der deutschen Einfuhr in sehr verschiedenem Umfang von Rohstoffen, Lebensmitteln und Fertigwaren bestimmt wird, sind auch nicht alle Rohstoffe und Fertigwaren von dem konjunkturellen Auftrieb erfaßt, nicht alle Lebensmittel von der Schrumpfung der Nahrungs- und Genußmitteleinfuhr betroffen worden. Schließlich hat sich die Einfuhr auch aus Ländern gleicher Wirtschaftsstruktur nicht immer gleichmäßig verändert. Verschiedentlich haben die Umsätze zugenommen, obwohl nach

Seit dem 1. Mai ist auch der Mehlmarkt in das System der Festpreise einbezogen worden. Es dürfen nur noch Mehl, Grieß und Backschrotsorten bestimmter Typen an den Großmärkten gehandelt werden. Die für die Basistypen amtlich notierten Preise, denen für bessere Qualitäten bestimmte Zuschläge hinzugerechnet werden, sind allen Verkäufen als Mindestpreise zugrunde zu legen. Indessen sind für die

einzelnen Mühlen gewisse Preisabschläge möglich, so daß auch auf diesem Gebiet das Festpreissystem einen elastischen Charakter trägt.

Durch die Verordnung über Zolländerungen vom 9. Mai 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 374) ist der für eine begrenzte Einfuhr geltende ermäßigte Zollsatz für Weizen zur Herstellung von Weizenstarke mit Wirkung ab 15. Mai von 11,25 *RM* auf 3,50 *RM* je dz ermäßigt worden.

Die Tendenz der Weltmarktpreise.

Obleich die Weltmärkte der landwirtschaftlichen und industriellen Rohprodukte gerade in der jüngsten Zeit — vor allem durch den Abschluß der Kautschukrestriktion — auf Teilgebieten eine Belebung erfahren haben, sind im ganzen noch immer keine Anzeichen einer Erholung zu erkennen. Insbesondere die Preise der Textilrohstoffe, der Nichteisenmetalle sowie der Häute und Felle, also der von dem vorübergehenden deutschen Einkaufsverbot betroffenen Waren, neigen bis in die Gegenwart hinein zur Schwäche oder verharren zumindest in großer Unsicherheit. Wenn sich die Abwärtsbewegung, zum Teil infolge der Beruhigung an den Devisenmärkten, auch merklich verlangsamt hat, so fehlen doch für eine stetige Erholung nach wie vor wichtige Voraussetzungen. Da auf eine Lockerung der Erschwerungen des internationalen Handels in absehbarer Zeit kaum zu rechnen sein dürfte, wäre zunächst eine Behebung des Preisdrucks eher dadurch möglich, daß durch internationale Zusammenarbeit die an zahlreichen Märkten den laufenden Verbrauch noch überschreitende Erzeugung eingeschränkt wird. An Versuchen hierzu hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt. Aber selbst in den Fällen, wo es zu einer mehr oder weniger festen Einigung gekommen ist, bedeuten die Unterschiede in der Ausfuhrabhängigkeit der einzelnen Länder sowie in der Höhe und Elastizität der Produktionskosten eine dauernde Gefährdung der getroffenen Vereinbarungen. Im Hinblick auf die einschneidenden und noch keineswegs abgeschlossenen strukturellen Wandlungen der letzten Jahre ist anzunehmen, daß sich die an den Binnenmärkten fortschreitende konjunkturelle Besserung zunächst nur zögernd und mit Unterbrechungen auf die Weltmarktpreise auswirken wird.

mal sich der Verwirklichung des internationalen Weizenabkommens immer größere Schwierigkeiten entgegenstellen. Erst Anfang Mai führte das trockene Wetter infolge der damit verbundenen Ernteschäden in verschiedenen Ländern an den wichtigsten Umschlagplätzen zu einer leichten Erhöhung der Preise.

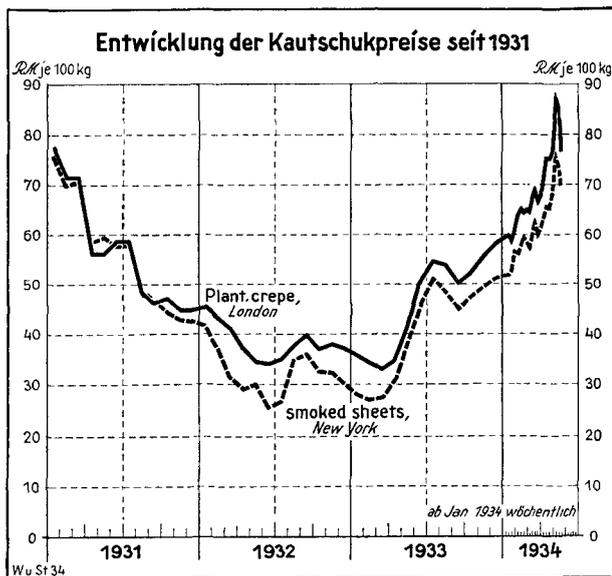
An den Zuckermärkten ist im Zusammenhang mit der beginnenden Klärung in den Vereinigten Staaten von Amerika, die infolge Festlegung der Belieferungsquoten und Ermäßigung des

Indizes der Großhandelspreise wichtiger Länder.

Bei dem Vergleich der Indizes für verschiedene Länder ist zu beachten, daß Höhe und Bewegung der Indizes durch die unterschiedlichen Berechnungsmethoden (zeitliche Basis, Art und Menge der berücksichtigten Waren, Wägung der Preise) beeinflusst sind.

Land	Bearbeiter	Basis (=100)	Zeitpunkt *)	1933				1934				
				März	April	Dez.	Jan.	Febr.	März	April		
Deutsches Reich	Stat. Reichsamt	1913	D.	91,1	90,7	96,2	96,3	96,2	95,9	95,8		
Belgien	Ministere de l'Ind. et du Travail	IV. 1914	2.H.	50,4	50,1	48,4	48,4	48,3	47,8	47,4		
Bulgarien	Dir. Générale	1914	D.	179,7	181,3	179,3	174,2	184,4	181,8			
Dänemark	Stat. Departement	1913	D.	123	122	129	130	131	129	128		
Finnland	Stat. Centr. Byran	1926	D.	70,4	69,6	70,4	69,0	66,6	65,3	65,2		
Frankreich	Statistique génér.	1913	E.	377,3	376,3	381,2	380,2	376,3	372,4	370,4		
Großbritannien	Board of Trade	1913	D.	79,2	78,6	82,7	82,3	81,2	80,0	78,6		
Italien	Cons. prov. dell' Istit. (Mitt. Mailand)	1913	D.	85,7	85,8	91,0	93,0	94,5	93,0	92,1		
Jugoslawien	Banque nationale	1926	E.	67,0	66,3	62,3	62,9	63,6	63,3	63,0		
Niederlande	Centr. Bur. v. d. Stat	1913	D.	72	71	77	79	80	79	79		
Norwegen	Stat. Centralbyrå	1913	M.	121	121	122	120	122	122			
Österreich	Bundesamt f. Stat.	I. H. 1914	M.	107,1	107,4	108,1	109,3	110,3	113,1	111,5		
Polen	Stat. Amt	1928	E.	59,8	59,9	57,6	57,8	57,6	57,3			
Schweden	Kommerskollegium	1913	D.	105	105	110	112	112	112	113		
Schweiz	Eidgen. Arb. Amt	VII. 1914	E.	90,0	91,1	91,3	91,8	91,4	90,9	89,6		
Tschechoslowakei	Stat. Staatsamt	VII. 1914	E.	64,7	65,8	64,7	64,5	66,6	66,3	65,8		
Ungarn	Stat. Centr. Amt	1913	E.	82	80	71	71	74	74	75		
Australien (Melbourne)	Bur. of Cens. a. St.	1913	D.	122,5	124,8	132,0	133,8	133,5	134,1			
Brit. Indien (Bombay)	Lab. Office	VII. 1914	E.	96	96	95	95	95				
China (Shanghai)	Nat. Tariff Commission	1926	M.	106,7	104,5	98,4	97,2	98,0	96,6	94,6		
Japan	Bank von Japan	1913	D.	134,1	133,2	132,8	132,6	134,1	133,7	133,7		
Kanada	Dom. Bur. of Stat.	1913	D.	100,6	102,2	107,8	110,3	112,7	112,5	111,1		
Ver. Staaten v. Amerika	Bur. of Labor Stat.	1926	D.	85,3	82,6	64,8	65,1	63,9	63,0	62,4		
	Bur. of Labor Stat.	1926	D.	60,2	60,4	70,8	72,2	73,6	73,7	73,4		
	Irving Fisher	1913	D.	80,4	82,0	102,7	103,6	105,6	106,5	105,0		
	Irving Fisher	1926	D.	56,1	57,2	71,7	72,3	73,7	74,3	73,3		

*) M. = Monatsmitte, E. = Monatsende, D. = Monatsdurchschnitt, 2. H. = 2. Monatshälte. — ¹⁾ Von der anders lautenden Originalbasis umgerechnet. — ²⁾ Die amtlich für den Monatsanfang berechnete Indexziffer ist hier zur besseren Vergleichbarkeit jeweils als Indexziffer für Ende des Vormonats eingesetzt. — ³⁾ In Gold, Parität des Basisjahres der Indexziffer. Infolge der Schwankungen des Dollarkurses werden die Goldwerte der Valuten mit Rückwirkung vom Januar 1933 nicht mehr auf Grund der Devisennotenungen in New York, sondern auf Grund der Devisennotenungen an anderen Plätzen, hauptsächlich in Paris, Amsterdam und Zürich, errechnet. — ⁴⁾ Ungewogener Index, 45 Preisreihen. — ⁵⁾ Gewogener Index, 126 Preisreihen. — ⁶⁾ Bis Januar 1934 Zahlen des Konjunkturinstituts Warschau.



An den Weltgetreidemärkten hat die unsichere Preistendenz von Mitte April bis Mitte Mai angehalten. Bei unverändert geringer Aufnahmefähigkeit der Zuschußgebiete gaben die Preise unter dem Einfluß befriedigender Ernteaussichten in den Vereinigten Staaten von Amerika und des von den argentinischen Verschiffungen ausgehenden Drucks weiter leicht nach, zu-

Einfuhrzolls eine Entlastung für Kuba erwarten läßt, seit Anfang Mai eine geringe Erholung zu verzeichnen. Desgleichen hat sich die Befestigung der Kakaopreise unter Schwankungen fortgesetzt, während Kaffee und Tee ihren Preisstand im ganzen annähernd behaupteten.

Die Preise der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte waren überwiegend, in der Hauptsache jedoch nur saisonmäßig, widerstandsfähiger. Am Londoner Markt haben die Preise für gefrorenes argentinisches Rindfleisch seit ihrem Tiefstand Ende März um rd. 10 vH angezogen. Auch die Eierpreise sind im April stark gestiegen, im Mai aber wieder fast ebenso stark gefallen. Im Vergleich dazu war die Befestigung der Butterpreise bisher sehr gering. Schweinefleisch und besonders Schweineschmalz sind während der letzten Wochen am Weltmarkt stark im Preis gefallen.

Auch die Preise der Textilrohstoffe sind fast durchweg beträchtlich gesunken. An den Wollmärkten, die besonders stark

Vorräte an den Weizenstoffmärkten. Stand am Monatsende in 1000 t¹⁾.

Table with columns for Ware, 1933 (March), 1934 (Feb, March), and 1934 (March). Rows include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Zucker, Kaffee, Kakao, Tee, Schmalz, Butter, Baumwolle, Seide, Kautschuk, Blei, Zinn, Steinkohle, Erdöl, Benzin.

1) Erdöl und Benzin in Mill. hl. Über den Umfang der Vorraterfassung vgl. W. u. St., 13. Jg. 1933, Nr. 4, S. 112. — 2) Berichtigt. — 3) Infolge veränderter Berichterstattung sind die neuen Zahlen mit den früheren nicht genau vergleichbar. — 4) Zahlen für April: Weizen 15 144. Tee: 112,2. Zink: 213. Zinn: 22,7.

Großhandelspreise an ausländischen Märkten im April 1934.

Main table with columns for Ware, Be-richts-ort, Land, Marktpreise (Menge, Wäh-rung, März, April), and Preise in RM *) (März, April). It is split into two large sections for different categories of goods.

Handelsseinheiten: 1 lb 453,593 g; 1 oz (Unze) Feinsilber 31,1 g; 1 t 1 000 kg; 1 t 2 240 lbs 1 016,048 kg; 1 sht 2 000 lbs 907,19 kg; 1 bbl (barrel) 42 gall.; 1 amerik. gall. 3,785 l; 1 box Weißblech 108 lbs.

Anmerkungen: *) Die Umrechnung in RM erfolgt seit März 1933 über die Devisennotierungen in den wichtigsten europäischen Goldwährungsländern (vor allem Frankreich, Schweiz, Niederlande). — 1) Für Kohle, Roheisen und Walzwaren je 1 000 kg; für Silber, Seide und Kunstseide je 1 kg, für Petroleum und Benzin je 100 l, für Eier je 100 Stück. — 2) fob. — 3) Frei Wagen. — 4) Ab Werk. — 5) Frei Bestimmungsstation. — 6) Frei Werk. — 7) Connellsville. — 8) Middlesbrough. — 9) Ab Longwy. — 10) Verbandspreis. — 11) Ab Pittsburg Werk. — 12) Cardiff. — 13) Ab ostl. Werk. — 14) Ab Bohrfeld. — 15) Höchster erzielter Preis. — 16) In Goldpfund. — 17) Monatspreis. — 18) 1. Monatsälfte. — 19) Preise für Februar 100,00; 6,46.

Milch, Butter, Käse, Eier und Kartoffeln beteiligt, während die Preise für Fleisch vielfach sogar leicht angezogen haben. In Frankreich sind neben Milch, Butter und Eiern auch Rindfleisch, Schweinefleisch, Speck und Schmalz etwas im Preis zurückgegangen. Der Preis für Weizenmehl hat in Paris geringfügig nachgegeben, der Brotpreis dagegen leicht angezogen. Von zumeist unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, hat auch in fast allen übrigen Ländern die Preisentwicklung für Milch, Molkereiprodukte und Eier den Verlauf der gesamten Ernährungskosten während des 1. Vierteljahrs 1934 entscheidend beeinflusst.

Die Bekleidungskosten haben zumeist weiter angezogen, so vor allem in Dänemark (3,5 vH), der Tschechoslowakei (2,0 vH), Japan (1,9 vH) und Deutschland (1,2 vH). In Norwegen, Schweden und in den Vereinigten Staaten von Amerika betrug die

Erhöhung trotz der starken Valutaabschwächung weniger als 1 vH. Einen Rückgang der Einzelhandelspreise für Textilwaren haben nur Finnland, Belgien, Polen und Ungarn zu verzeichnen.

Die Preise für Heiz- und Leuchtstoffe weisen im 1. Vierteljahr 1934 keine oder nur geringfügige Veränderungen auf. Nennenswerte Rückgänge der Indexziffern für Heizung und Beleuchtung haben sich lediglich in Japan, Belgien, Polen und in der Türkei ergeben.

Die Indexziffern der Wohnungsmieten haben sich nur in wenigen Ländern verändert, und zwar sind sie für die Tschechoslowakei (Neubauwohnungen) um 4,2 vH und für die Vereinigten Staaten von Amerika um 0,5 vH gestiegen, dagegen für Belgien um 0,1 vH und für Italien um 0,9 vH zurückgegangen.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Welt seit dem Herbst 1933 hatten vor allem die Länder, in denen die wirtschaftliche Besserung sich fortgesetzt hat, also vor allem Deutschland, das im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und in der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten die größten Erfolge erzielte, Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten von Amerika, in denen die Aufwärtsbewegung allerdings erst gegen Ende 1933 wieder einsetzte. Zwar erhöhte sich während der Wintermonate die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern, jedoch hat diese überwiegend saisonmäßige Verschlechterung im allgemeinen nicht das Ausmaß wie im Winter 1932/33 erreicht; auch ist die folgende frühjahrsmäßige Besserung früher und stärker als in den vorausgegangenen Jahren wirksam geworden. Ein Überblick über die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen in der Welt, soweit sie sich statistisch einigermaßen sicher erfassen läßt, zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im Laufe des letzten Vierteljahrs 1933 nur um 5,6 vH, in der gleichen Vorjahrszeit dagegen um 12,0 vH zugenommen hat. Bis zum März 1934 dürfte nach vorläufiger Schätzung — es fehlen für eine Anzahl Länder, u. a. für die Vereinigten Staaten von Amerika, Angaben für diesen Monat — wieder ein Rückgang auf 22,5 Mill.¹⁾ eingetreten sein.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird geschätzt

1930 Dezember	19 bis 20 Millionen
1931 März	21 „
Dezember	24 „
1932 März	25,5 „
Dezember	28 „
1933 März	30 „
Dezember	23,5 bis 24 „
1934 März (vorläufig)	22,5 „

In Großbritannien ist die Zahl der versicherten beschäftigten Arbeitnehmer, die im Jahre 1933 nach langer Zeit erstmalig wieder die Zehnmillionengrenze überschritt (Dezember 10 008 000 Beschäftigte), im Januar 1934 etwas gesunken — auf 9 874 000 —, stieg jedoch in den folgenden Monaten ziemlich steil an und erreichte Ende April mit 10 140 000 einen seit 4 Jahren nicht beobachteten Stand. Dieser Zunahme — um 266 000 — steht in der gleichen Zeit eine Abnahme der bei den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen um 240 900 auf 2 148 195 (um 10,1 vH) gegenüber, und zwar der

Vollarbeitslosen	um 214 800 auf 1 729 200 = 11,0 vH
vorübergehend Arbeitslosen ...	25 300 „ 329 900 = 7,1 „
arbeitslosen Gelegenheits-	
arbeiter	800 „ 89 000 = 0,8 „

Unter den gegen Arbeitslosigkeit versicherten rd. 12 883 000 Personen waren in Großbritannien einschl. Nordirland arbeitslos: Ende April 2 147 730 = 16,7 vH, am gleichen Vorjahrstermin 2 737 279 = 21,4 vH.

Besonders stark verminderte sich die Arbeitslosigkeit seit April 1933 in folgenden Gewerben: Textilindustrie (— 94 500),

Maschinenbau (— 85 800), Bergbau (— 78 300), Metallherzeugung (— 49 400), Metall verarbeitende Industrie (— 47 500), Baugewerbe (— 45 600), Verkehrsgewerbe (— 29 100), Bau und Reparatur von Fahrzeugen (— 26 200) und Schiffbau (— 24 900).

In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit von Anfang Oktober 1933 bis Anfang Februar 1934 erheblich gestiegen. Nach den amtlichen Feststellungen, die allerdings nur als Teilangaben zu werten sind, war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen Anfang Februar 1934 mit rd. 335 800 um 11 900 = 3,7 vH höher als am entsprechenden Vorjahrstermin und um 76 300 = 29,4 vH höher als Anfang Februar 1932. Erst im März 1934 kam die Aufwärtsbewegung zum Stillstand (rd. 351 000 Unterstützte). Der nunmehr einsetzende langsame Rückgang führte bis Mitte Mai zu einer Verminderung der Arbeitslosenziffer auf 330 200. Der tatsächliche Umfang der Arbeitslosigkeit dürfte jedoch bedeutend größer sein und die Millionengrenze erheblich überschreiten. Allein für Paris wurde die Arbeitslosenziffer Anfang März auf etwa 300 000 geschätzt. Außerdem sind noch die Kurzarbeiter zu berücksichtigen, deren Zahl sich in Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern nach den Feststellungen der Arbeitsbehörden Anfang April in 8 681 Betrieben mit 2,35 Mill. Beschäftigten auf 965 000 = 41 vH belief, in der gleichen Vorjahrszeit wurden in 8 552 Betrieben mit 2,38 Mill. Beschäftigten 948 000 = 40 vH Kurzarbeiter gezählt. Rechnet man hierzu die Kurzarbeit in Betrieben mit weniger als 100 Arbeitern, so dürfte sich die Gesamtzahl der Kurzarbeiter bedeutend höher stellen; sie wird auf annähernd 2 Mill. geschätzt.

Die Beschäftigungsverhältnisse in Belgien, die sich fast während des ganzen Jahres 1933 günstiger als im Vorjahr entwickelt hatten, ließen zu Beginn des Jahres 1934 wiederum eine Besserung gegenüber Anfang 1933 erkennen. Nach vorläufigen Feststellungen waren von den Ende März 1934 bei 149 Arbeitslosenkassen versicherten rd. 975 400 Mitgliedern 182 600 = 18,8 vH vollarbeitslos und 162 800 = 16,7 vH vorübergehend arbeitslos gegen 20,1 und 19,2 vH Ende März 1933.

In den Niederlanden hatte die Erwerbslosigkeit gegen Schluß des Jahres 1933 einen größeren Umfang als Ende 1932, in den ersten Monaten 1934 ist sie dagegen etwas unter den entsprechenden Vorjahrsstand gesunken. Bei den Arbeitsnachweisen wurden Ende Februar rd. 380 000 Arbeitsuchende registriert, also 6,7 vH weniger als vor Jahresfrist. Von den gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen waren nach vorläufiger Feststellung im März 25,4 vH arbeitslos gegenüber 26,9 vH im Februar 1934 und 30,3 vH im März 1933.

Ein verhältnismäßig starker Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in Dänemark eingetreten. Nach der Statistik der Gewerkschaften waren im 1. Vierteljahr 1932 durchschnittlich 35,3, im 1. Vierteljahr 1933 40,6 vH der erfaßten Mitglieder erwerbslos, im entsprechenden Zeitraum 1934 dagegen nur 31,4 vH. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die im Winter 1933/34 Anfang Januar mit 140 100 ihren höchsten Stand erreicht hatte, ist bis Mitte Mai auf 84 200 zurückgegangen, im Vorjahr verminderte sie sich von 193 100 Anfang März (Höchststand) auf 114 300 Mitte Mai (= — 40,8 vH).

In Schweden hielt sich die Arbeitslosigkeit während der ersten drei Monate 1934 etwa auf der durchschnittlichen Vorjahrs-höhe. Bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen waren Anfang März 1934 165 700 Stellensuchende (März 1933 = 174 900) gemeldet, davon gehörten 67 700 (71 000) der Industrie und dem

¹⁾ Die Schätzungen umfassen die in der Übersicht auf S. 318 angegebenen Länder. Berücksichtigt man auch die Arbeitslosigkeit in Bulgarien, Portugal, Spanien, Palastina, Chile und Japan, über deren Umfang nur zum Teil Angaben vorliegen, so würde sich die Gesamtzahl für März 1934 um etwa 1/4 Mill. erhöhen.

Arbeitslosen, die sich in früherer Zeit infolge der Aussichtslosigkeit, Arbeit zu erhalten, nicht bei den Arbeitsnachweisen registrieren ließen, in den letzten Monaten wieder die Nachweise in Anspruch nahmen und somit zu diesem erheblichen Anstieg der Arbeitslosenziffer beitrugen. Bis Anfang Mai ist nach vorläufigen Feststellungen die Zahl der Arbeitslosen auf 353 000 zurückgegangen; davon entfielen 97 100 = 27,5 vH auf Ostoberschlesien. Nach den Industrieberichten belief sich die Zahl der Vollbeschäftigten Ende Februar auf 69,1 vH (günstigster Stand 1933 Ende August mit 71,1 vH).

In der Tschechoslowakei ist die saisonmäßige Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse während der Wintermonate 1933/34 bei weitem nicht so stark wie im Vorjahr gewesen. Den höchsten Stand erreichte die Zahl der Arbeitsuchenden im Februar 1934 mit rd. 848 000, während sie im Februar 1933 um rd. 72 000 höher lag. Bis April 1934 ist eine Entlastung um rd. 144 500 auf 703 500 (bis April 1933 — 124 000 auf 796 000) eingetreten. Daß die Arbeitslosenziffer nicht stärker gesunken ist, dürfte zum Teil auf die zunehmenden Meldungen der aus dem Heeresdienst entlassenen Soldaten bei den Arbeitsnachweisen zurückzuführen sein, und zwar wurden nach Angabe des Fürsorgeministeriums von rd. 70 000 Entlassenen etwa 48 000 bei den Arbeitsämtern registriert.

Auch in Österreich hat sich die Lage in den ersten Monaten 1934 günstiger als in der gleichen Vorjahrszeit entwickelt. Der Bestand an unterstützten Arbeitslosen ist von 357 300 Ende Januar auf 295 750 Anfang Mai 1934, also um rd. 61 500 gesunken, 1933 betrug die Verminderung nur 47 400 (auf 350 600). Auf dem Lande sind die Beschäftigungsverhältnisse infolge von Straßen- und Wasserbauten im allgemeinen besser als in den Städten. Auf Wien entfiel Ende April mit 141 652 etwa die Hälfte aller unterstützten Arbeitslosen; die Beschäftigungslosigkeit ist in der Hauptstadt noch etwas größer als zu Beginn des Jahres. Die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Arbeitsdienstwilligen betrug Ende Februar 12 872.

Ansätze zur Besserung der Lage machten sich auch in Ungarn bemerkbar. Die Zahl der Stellengesuche, die 1933 im Januar mit 78 000 ihren Höchststand erreicht hatte, betrug im Februar 1934 nur noch 57 900. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern wurden Ende Februar 27 200 Arbeitslose gezählt gegenüber 32 200 am gleichen Vorjahrstermin.

In der Schweiz ist die konjunkturelle Belebung nicht in dem erwarteten Umfang wirksam geworden. Zwar ist während des 1. Quartals die Zahl der Stellensuchenden um rd. 30 000 zurückgegangen, von einer fühlbaren Besserung gegenüber dem Vorjahr kann jedoch nicht gesprochen werden. Die Uhren- und Textilindustrie hatten im März 1934 einen günstigeren Geschäftsgang als 1933, dagegen war im Nahrungsmittelgewerbe, in der Holzindustrie, in der Metallindustrie, im Handelsgewerbe und vor allem im Baugewerbe eine Verschlechterung festzustellen. Von rd. 456 700 Mitgliedern der Arbeitslosenkassen waren Ende März 10,8 vH (März 1933 12,1 vH) vollständig und 6,5 vH (10,7 vH) teilweise arbeitslos. Im April ist die Arbeitslosigkeit erneut um 15 900 auf 54 200 zurückgegangen.

In Italien hat sich die Beschäftigung nur wenig gehoben. Ende Januar 1934 wurden 1 158 400 Erwerbslose gezählt, also nur rd. 67 100 weniger als am gleichen Vorjahrstichtag; die bis Anfang Mai erfolgte Entlastung um rd. 162 900 auf 995 500 war schwächer als 1933. Allerdings ist die Erwerbslosigkeit Anfang Mai 1934 um 30 200 niedriger als Anfang Mai 1933. Im Baugewerbe hatte sich die Lage im März trotz der günstigeren Witterung gegenüber Januar verhältnismäßig wenig verändert.

Für die weltwirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung ist die Bewegung des Beschäftigungsgrades in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach den Feststellungen des Federal Reserve Board ist die Beschäftigung, die in den Wintermonaten etwas nachgelassen hatte, seit Januar 1934 erneut gestiegen, und zwar im Vergleich zu dem durchschnittlichen Stand in den Jahren 1923 bis 1925 (= 100) von 70,5 im Januar auf 74,7 im Februar. Auch der saisonbereinigte Index zeigt eine Erhöhung von 71,8 auf 74,7. Besonders stark war der Aufschwung im Spinnstoff- und Bekleidungs- und im Fahrzeugbau, vor allem in der Automobilherstellung und in der Ledererzeugung und -verarbeitung. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen belief sich nach den Schätzungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Ende Februar auf 11,37 Mill. gegenüber 11,69 Mill. Ende Januar 1934 und 13,69 Mill. Ende März 1933 (Höchststand). Der National Industrial Conference Board veranschlagt

die Gesamtzahl der Arbeitslosen für Ende Februar dagegen nur auf 8,02 Mill. Die Differenz dürfte sich vor allem daraus erklären, daß die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen in der vorgenannten Zahl nicht enthalten sind.

In Kanada, auf dessen Beschäftigungsverhältnisse die Entwicklung in den Vereinigten Staaten nicht ohne Einfluß blieb, hat die Arbeitslosenziffer nach der Statistik der Gewerkschaften im Januar nur wenig zugenommen (auf 21,2 vH); gegenüber dem Stande vom Januar 1933 ergibt sich eine Besserung um fast ein Fünftel. Der Beschäftigungsgrad (1926 = 100) stieg bis Anfang Februar auf 91,4 gegenüber 88,6 im Januar und 77,0 im Februar 1933.

Auch in Australien ist nach den — allerdings nur bis Ende 1933 — vorliegenden Angaben der Gewerkschaften die Arbeitslosigkeit im Abnehmen begriffen. Während im 4. Vierteljahr 1932 noch 28,1 vH der erfaßten Mitglieder ohne Erwerb waren, sank der Anteil im darauffolgenden Jahr ständig bis auf 23,0 vH im 4. Vierteljahr 1933.

Die Arbeitslosen im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung	Ende Dezember				Ende März			
	vH der Gesamtbevölkerung		vH der Erwerbstätigen		vH der Gesamtbevölkerung		vH der Erwerbstätigen	
	1933	1932	1933	1932	1934	1933	1934	1933
Deutsches Reich	6,6	10,7	12,8	20,9	4,6	10,4	8,9	20,3
Saargebiet	4,9	5,4	12,5	13,9	4,9	5,2	12,5	13,3
Belgien	2,7	2,3	6,2	5,3	2,4	2,7	5,6	6,2
Danemark	3,5	4,8	8,5	11,6	3,1	4,9	7,6	11,8
Danzig	7,0	9,6	14,5	20,0	5,4	9,4	11,2	19,6
Estland	0,8	1,2	1,5	2,2	0,6	1,3	1,0	2,3
Finnland	1,1	2,3	2,4	4,8	1,2	1,8	2,5	3,7
Frankreich	3,0	3,0	5,6	5,6	3,1	3,3	5,8	6,3
Großbritannien	4,9	6,0	10,8	13,3	4,8	6,1	10,7	13,5
Irischer Freistaat	2,7	3,5	6,1	7,9	3,4	2,8	7,7	6,3
Italien	2,7	2,7	5,6	5,6	2,5	2,5	5,2	5,3
Jugoslawien	0,1	0,1	.	.	0,2	0,2	.	.
Lettland	1,2	2,0	2,0	3,3	1,2	1,5	2,1	2,5
Niederlande	5,7	5,1	14,3	12,8	4,6	4,9	11,6	12,4
Norwegen	1,5	1,5	3,7	3,7	1,5	1,5	3,7	3,7
Österreich	7,3	7,7	13,2	13,9	7,0	7,7	12,6	14,0
Polen	1,6	1,1	3,0	2,1	1,5	1,7	2,8	3,2
Rumänien	0,1	0,2	.	.	0,2	0,2	.	.
Schweden	2,5	2,6	5,6	6,0	2,7	2,8	6,1	6,5
Schweiz	2,3	2,0	4,9	4,2	1,7	1,8	3,6	3,7
Tschechoslowakei	6,6	6,3	15,0	14,3	6,7	7,5	15,1	16,9
Ungarn	0,9	1,2	1,9	2,5	0,8	1,0	1,8	2,3
Australischer Bund	2,3	2,8	5,4	6,6	2,3	2,7	5,4	6,3
Neuseeland	3,2	3,5	7,6	8,3	3,0	3,4	7,1	8,0
Kanada	5,2	6,1	14,5	17,0	5,0	6,2	13,9	17,3
Ver. St. v. Amerika	8,7	9,7	22,0	24,6	8,7	11,0	22,0	28,0

Bei Bewertung der vorstehenden Arbeitslosenziffern ist vor allem zu beachten, daß sie — insbesondere soweit es sich um solche Länder handelt, deren amtliche Nachweisungen Teilangaben darstellen — auf Grund von geschätzten oder fortgeschriebenen Arbeitslosenzahlen errechnet werden mußten. Dabei betrogen die die amtlichen Feststellungen übersteigenden Schätzungen für:

	Ende Dezember		Ende März	
	1933	1932	1934	1933
Belgien	220 000	190 000	200 000	220 000
Frankreich	1 250 000	1 250 000	1 300 000	1 400 000
Niederlande	450 000	400 000	365 000	390 000
Tschechoslowakei	975 000	930 000	980 000	1 100 000
Australien	150 000	185 000	150 000	175 000
Kanada	520 000	610 000	500 000	620 000
V. St. v. Amerika	10 769 000	12 000 000	.	13 689 000

Diese Zahlen können jedoch nur ungefähr einen Anhalt bieten, in welchem Umfang die Länder im ganzen und im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung durch die Arbeitslosigkeit belastet sind, da die Erfassung der Arbeitslosen und der erwerbstätigen Bevölkerung in den einzelnen Ländern nach verschiedenen Methoden und nicht immer lückenlos erfolgt; auch ist zu berücksichtigen, daß neuere Feststellungen über den Umfang der Bevölkerung vielfach fehlen. Gleiches gilt sinngemäß auch für die einleitend angegebenen Gesamtzahlen, die im übrigen als Mindestzahlen anzusehen sind, da die vielfach vorhandene »unsichtbare Arbeitslosigkeit« in ihnen nur zum Teil und auch nur schätzungsweise zum Ausdruck kommt.

Die Abweichungen von den früher veröffentlichten Zahlen (vgl. »W. u. St.«, 14. Jg. 1934, Heft 1, S. 19ff.) sind auf inzwischen erfolgte Berichtigungen bzw. bekanntgewordene genauere Angaben zurückzuführen.

Die Einnahmenentwicklung der Verbrauchsteuern und Zölle während des Rechnungsjahrs 1933/34 war nicht so günstig wie bei den Besitz- und Verkehrssteuern. Insgesamt erreichten die Verbrauchsteuern und Zölle mit 2 783,8 Mill. R.M. 96,4 vH des Solls. Außer den Einnahmen aus dem Spiritusmonopol, die den Ansatz um 6,7 vH überschritten, und einer Reihe kleinerer Verbrauchsteuern ist nur das Aufkommen der Fettsteuer über den Haushaltsplan hinausgegangen; sie hat statt 150 Mill. R.M. 196,5 Mill. R.M. oder 131,0 vH des Sollbetrages erreicht. Dagegen haben alle wichtigeren Verbrauchsteuern und die Zölle den Haushaltsansatz nicht ganz erreicht. In ihrem Verhältnis zum Soll erbrachten:

die Zuckersteuer	98,0 vH
» Tabaksteuer	95,9 »
» Zölle	93,4 »
» Biersteuer	86,5 »
» Salzsteuer	86,2 »

Die Schaumweinsteuer, bei der nur 53,2 vH des Ansatzes aufkamen, wurde ab 1. Dezember 1933 nicht mehr erhoben.

Insgesamt sind die Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs mit 6 846,2 Mill. R.M. um 3,8 Mill. R.M. höher als der mit 6 842,4 Mill. R.M. angenommene Reichshaushaltsansatz.

Vergleich mit dem Vorjahr.

Die Einnahmen des Reichs an Steuern und Zöllen betragen in Mill. R.M.:

	im Rechnungsjahr 1933/34	1932/33	Veränderung gegenüber 1932/33
Besitz- u. Verkehrssteuern	4 062,3	4 022,8	+ 39,5
Verbrauchsteuern	1 718,8	1 518,2	+ 200,6
Zölle	1 065,1	1 106,0	- 41,0
Zusammen	6 846,2	6 647,0	+ 199,2

Bei den Besitz- und Verkehrssteuern ergeben sich folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

	Mill. R.M.	Mill. R.M.	
Veranlagte Einkommensteuer	- 18,3 ¹⁾	Körperschaftsteuer	+ 104,2
Lohnsteuer	- 18,4	Erbschaftsteuer	+ 12,2
Krisensteuer	- 136,0	Umsatzsteuer	+ 161,8
Vermögensteuer	- 23,0	Kraftfahrzeugsteuer	+ 39,5
Aufbringungsumlage	- 118,3	Wechselsteuer	+ 13,9
Lotteriesteuer	- 12,9	Reichsfluchtsteuer	+ 16,7

¹⁾ Einschließlich Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen.

In den Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer in 1933/34 ist die Krisensteuer der Veranlagten enthalten, auf die etwa 60 Mill. R.M. entfallen. Das Weniger an Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahre ist demnach auf etwa 80 Mill. R.M. anzunehmen. Außerdem geht das Weniger an veranlagter Einkommensteuer darauf zurück, daß die Vorauszahlungen 1933/34 auf der Grundlage der ungünstigen Einkommensverhältnisse der Jahre 1931 und 1932 entrichtet wurden; es ist also nicht auf Einkommensverhältnisse des Jahres 1933, sondern auf solche des Jahres 1932 zurückzuführen.

Das Aufkommen an Lohnsteuer ist im Rechnungsjahr 1933/34 um 18,4 Mill. R.M. niedriger gewesen als im Rechnungsjahr 1932/33. Aus diesem Rückgang bei der Lohnsteuer ist nicht zu schließen, daß das Lohn Einkommen niedriger geworden ist. Dieses hat sich im Gegenteil dauernd gebessert, so daß das Lohnsteueraufkommen im 2. Halbjahr 1933/34 (368,1) das des 2. Halbjahres des Vorjahrs (365,0) um 3,1 Mill. R.M. überstieg. Der Rückgang des Lohnsteueraufkommens erklärt sich vielmehr daraus, daß am 1. Juli 1933 die Ledigensteuer wegfiel, die durch die gesondert ausgewiesene Ehestandshilfe ersetzt wurde, daß ferner gleichzeitig die Hausgehilfinnen in die Familienermäßigungen einbezogen und die Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit steuerfrei wurden. Ohne diese Maßnahmen wäre das Lohnsteueraufkommen 1933/34 um rd. 50 Mill. R.M. höher gewesen.

Der Rückgang bei der Vermögensteuer beruht hauptsächlich darauf, daß 1933/34 im Gegensatz zu 1932/33 keine Nachzahlungen auf Grund einer neuen Veranlagung zu leisten waren.

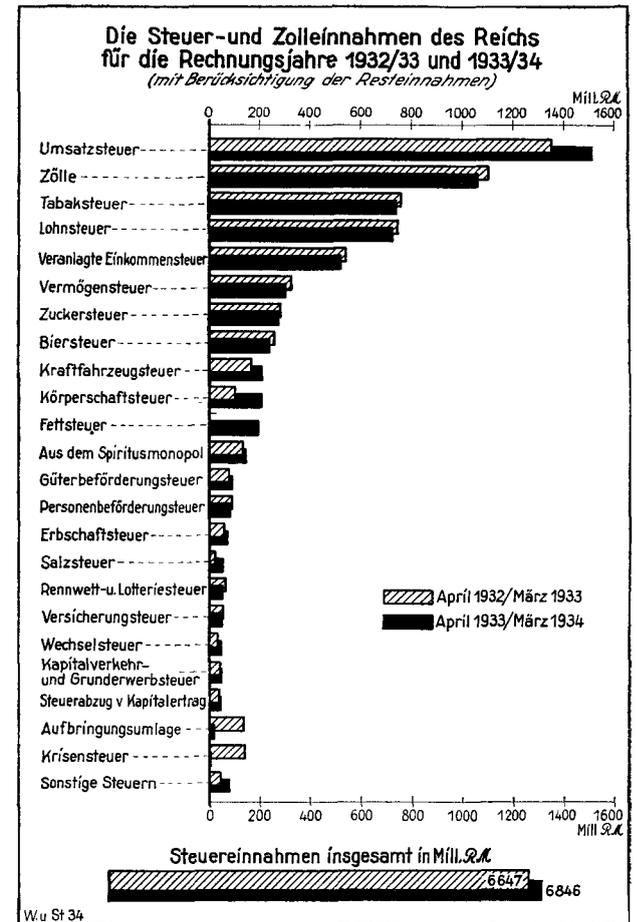
Von den Steuern, die Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr zeigen, haben verhältnismäßig am stärksten die Körperschaftsteuer, die Wechselsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Umsatzsteuer zugenommen. Die Körperschaftsteuer hat ihr Vorjahresergebnis fast verdoppelt; Gründe dafür sind die Wiederingangsetzung vieler Betriebe, geringere Rückerstattungen von Vorauszahlungsbeträgen und Nachzahlungen auf Grund von Buch- und Betriebsprüfungen. Bei der Wechselsteuer hat der erhöhte Wechselumlauf infolge Ausgabe von Arbeitswechsellagen das vorjährige Aufkommen um fast zwei Fünftel überschritten. Die

Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer erhöhten sich aus den schon oben angeführten Gründen um 23 vH, die aus der Umsatzsteuer um 11,9 vH trotz der am 2. Oktober 1933 erfolgten Senkung der Umsatzsteuer der Landwirtschaft von 2 auf 1 vH.

Scheidet man die infolge der gesetzlichen Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nicht mehr vergleichbaren Restbeträge der Krisenlohnsteuer und der Aufbringungsumlage aus, so ergibt sich als Abschluß des Aufkommens der Besitz- und Verkehrssteuern für das Rechnungsjahr 1933/34 folgendes Bild:

	1933/34 Mill. R.M.	1932/33 Mill. R.M.
Besitz- und Verkehrssteuern	4 062,3	4 022,8
davon ab:		
Krisenlohnsteuer	—	54,4
Aufbringungsumlage	20,5	138,7
bleiben	4 041,8	3 829,7

Statt einer Mehreinnahme von 39,5 Mill. R.M. ergibt sich demnach trotz der schon erwähnten Steuererleichterungen eine Mehreinnahme an vergleichbaren Steuern von 212,1 Mill. R.M. zuzüglich (30 + 9) = 39 Mill. R.M. (für Hausgehilfinnen und Vergünstigung für Arbeitspende), zusammen also eine Mehreinnahme von 251,1 Mill. R.M. Diese Mehreinnahme vermindert sich auf 182,3 Mill. R.M., wenn man das Ergebnis der Kraftfahrzeugsteuerablösung des Jahres 1933 mit 53,8 Mill. R.M. und 15,0 Mill. R.M. Reichsfluchtsteuer, zusammen 68,8 Mill. R.M. in Abzug bringt.



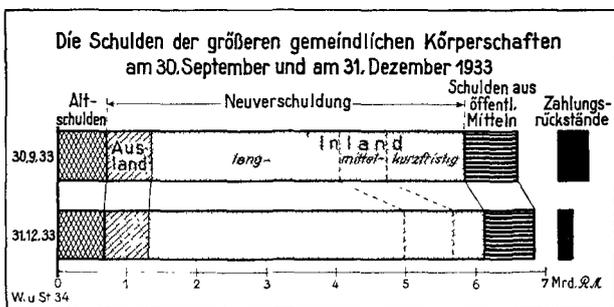
Die Verbrauchsteuern haben eine Mehreinnahme von 200,6 Mill. R.M. ergeben, die in der Hauptsache durch das Aufkommen der im Vorjahr noch nicht bestehenden Fettsteuer bedingt ist (196,5 Mill. R.M.). Scheidet man diesen Betrag aus, so ergibt sich statt der genannten Mehreinnahme an Verbrauchsteuern nur eine solche von 4,1 Mill. R.M., also ungefähr ein Gleichbleiben der beiden Jahresergebnisse. Während sich für die Tabaksteuer und die Biersteuer infolge Wandlung in der Nachfrage nach Tabakerzeugnissen und Alkoholgetränken und für die Zuckersteuer infolge kassentechnischer Vorgänge Mindereinnahmen ergeben, die allerdings nicht allzu stark von den Vorjahresergebnissen abweichen, zeigt die Salzsteuer eine Mehreinnahme von 29,6 Mill. R.M., die die vorjährige

Mill. *R.M.**) Die nicht mit der Umschuldung von Zahlungsrückständen zusammenhängende Schuldensteigerung beträgt nur rd. 25 Mill. *R.M.* Sie ist das Ergebnis der Neuaufnahme von Arbeitsbeschaffungsdarlehen sowie einiger Kassenkredite einerseits und der regelmäßigen Tilgungen auf die lang- und mittelfristigen Schulden andererseits. Die Schuldenerhöhung und ebenso die Verminderung der Zahlungsrückstände erstreckte sich im Berichtsvierteljahr auf eine weit größere Zahl von Körperschaften als im Vorvierteljahr (75 und 62 gegenüber 59 und 36).

Veränderung des Schuldenstandes in größeren gemeindlichen Körperschaften	30. September 1933 gegenüber 30. Juni 1933						31. Dezember 1933 gegenüber 30. September 1933 ²⁾					
	Zahl der größeren gemeindlichen Körperschaften mit						Zahl der größeren gemeindlichen Körperschaften mit					
	höheren		unveränderten		niedrigeren		höheren		unveränderten		niedrigeren	
	Schulden (a) bzw. Zahlungsrückständen (b)						Schulden (a) bzw. *Zahlungsrückständen (b)					
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Großstädte ¹⁾	24	21	2	1	19	15	32	7	—	—	13	30
Mittelstädte	23	22	4	—	18	13	32	9	—	—	14	26
Provincialverb.	12	3	4	1	7	8	11	3	—	—	12	6
Zusammen	59	46	10	2	44	36	75	19	—	—	39	62

¹⁾ Ohne Hansestädte. — ²⁾ Zunahme der Gesamtzahl um 1 Stadt durch die Ausgemeindung von Rheydt aus Gladbach-Rheydt.

Die Schuldensteigerung von Oktober bis Dezember 1933 betrifft nur die Kreditmarktschulden, unter denen die neuen Schulden an den Umschuldungsverband erscheinen. Sie haben sich um rd. 300 Mill. *R.M.* (5,1 vH) erhöht. Dagegen wurden die für Zwecke der Arbeitsbeschaffung neu erfolgten Darlehensaufnahmen aus öffentlichen Mitteln (Zugang 86,9 Mill. *R.M.*) im Berichtsvierteljahr übertroffen durch Tilgungen und Abgänge infolge Umschuldung früher aufgenommenen Beträge (— 135,1 Mill. *R.M.*). Ohne die Umschuldungsvorgänge zeigen die Kreditmarktschulden wie in den letzten Berichtsvierteljahren eine Abnahme (um rd. 55 Mill. *R.M.*) und die Schulden aus öffentlichen Mitteln eine Zunahme (um rd. 78 Mill. *R.M.*).



Am stärksten wurden die Großstädte von diesen Veränderungen betroffen. Ihre Gesamtverschuldung ist mit 5 280,2 Mill. *R.M.* am 31. Dezember 1933 um 208,3 Mill. *R.M.* (4,1 vH) größer als am 30. September 1933. Die Zahlungsrückstände sind bei ihnen bereits zu mehr als der Hälfte bereinigt worden. Bei den Mittelstädten betrug ihre Abnahme nur 33 vH, und entsprechend war auch die Erhöhung der Gesamtverschuldung von 929,9 auf 959,9 Mill. *R.M.*, also um rd. 30 Mill. *R.M.* (3,2 vH) geringer. Bei den Provinzialverbänden sind die Zahlungsrückstände größtenteils in bar beglichen worden. Die leichte Zunahme der Gesamtverschuldung (von 598,9 auf 608,2 Mill. *R.M.*) steht hier hauptsächlich mit Neuaufnahmen von Arbeitsbeschaffungskrediten (+ 22,1 Mill. *R.M.* aus öffentlichen Mitteln) in Zusammenhang.

Bei der Ausgliederung nach Ländern und Landesteilen zeigt sich, wie schon im Vorvierteljahr, daß die Schuldenzunahme in der Hauptsache auf Gemeinden und Provinzen in Preußen entfällt, während in den außerpreußischen Ländern die Schulden, besonders die aus den Kreditmärkten stammenden Beträge, zumeist abnehmen. Die im ganzen Reichsgebiet fast einheitlich festzu-

stellende Verminderung der Zahlungsrückstände war dort besonders groß, wo die Rückstände überwiegend aus umschuldungsfähigen Beträgen (Staatssteuern, Zinsen) bestanden, wie in Berlin, in der Rheinprovinz und in Westfalen. In diesen Gebieten haben die Zahlungsrückstände zusammen um 193,9 Mill. *R.M.* abgenommen. Die Schulden sind mit 230,8 Mill. *R.M.* stärker gestiegen, als dieser Verminderung durch Umschuldung entsprochen hätte, da aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rd. 45 Mill. *R.M.* neue Mittel zufließen. Von Oktober bis Dezember 1933 haben sich bei den größeren gemeindlichen Körperschaften erhöht bzw. vermindert (in Mill. *R.M.*):

	Kreditmarktschulden	Schulden aus öffentlichen Mitteln ¹⁾	Gesamtverschuldung	Zahlungsrückstände
Berlin	145,3	- 78,6	66,8	- 59,9
Westfalen	41,8	3,1	44,8	- 39,6
Rheinprovinz	112,5	6,6	119,2	- 94,3
Übrige preußische Provinzen	13,7	9,9	23,7	- 21,4
Außerpreußische Länder	- 16,4	10,7	- 5,7	- 5,7
Insgesamt	297,0	- 48,2	248,8	- 221,0

¹⁾ Diese Zahlen erscheinen infolge der gesetzlichen Umschuldung stark vermindert. Ohne diese belaufen sich die Reinzugänge, insbesondere aus Arbeitsbeschaffungskrediten auf 26,8 bzw. 4,4 bzw. 13,3 bzw. 21,7 bzw. 11,5 bzw. 77,8 Mill. *R.M.*

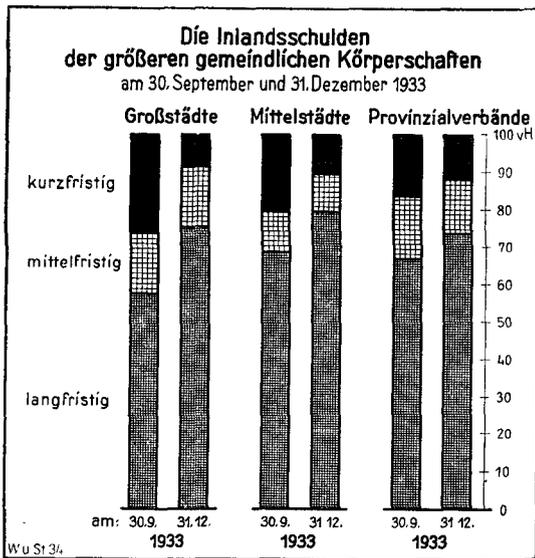
Von den einzelnen Schuldarten zeigen die Altverschuldung und die Auslandsschulden die normalen Abgänge durch die fortlaufenden Tilgungen¹⁾. Die inländische Neuverschuldung erscheint einerseits stark erhöht durch 1 025,7 Mill. *R.M.* Zugänge bei den langfristigen Tilgungsanleihen, worunter sich 994,6 Mill. *R.M.* Schulden an den Umschuldungsverband deutscher Gemeinden befinden, andererseits stark vermindert durch Abgänge bei denjenigen Schuldarten, denen die umgeschuldeten Beträge früher zugehörten. Am größten waren diese Abgänge bei den eigentlichen kurzfristigen Schulden (Brutto-Abgang 690,7 Mill. *R.M.*, darunter durch gesetzliche Umschuldung 464,5 Mill. *R.M.*), dann bei den Schatzanweisungen (82,1 und 66,3 Mill. *R.M.*) und den sonstigen mittelfristigen Schulden (84,1 und 62,1 Mill. *R.M.*); aber auch langfristige, durch Zahlungsverzug fällig gewordene Tilgungsanleihen (einschließlich Anteile an Sammelanleihen) sind in nicht unerheblichen Beträgen umgeschuldet worden (58,9 und 41,1 Mill. *R.M.*). Die Mehrabgänge über die gesetzliche Umschuldung hinaus erklären sich zum Teil durch freiwillige Umschuldung, namentlich aber durch die ordentlichen Tilgungen. Der fast 200 Mill. *R.M.* betragende Bruttozugang bei den mittelfristigen Inlandsschulden ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß kurzfristige Kredite, deren Umschuldung vom Gläubiger abgelehnt wurde, durch die gesetzliche Stundung eine um 5 Jahre verlängerte Laufzeit erhielten.

Durch die Umschuldungsvorgänge hat sich im Verlauf der Berichtszeit der Gesamtbestand der langfristigen Inlandsschulden von 2,70 auf 3,66 Mrd. *R.M.*, der der mittelfristigen Inlandsschulden von 0,67 auf 0,70 Mrd. *R.M.* erhöht, wogegen die kurzfristigen Inlandsschulden von 1,11 auf 0,45 Mrd. *R.M.* gesunken sind. Der Anteil der kurzfristigen Schulden, der bei Erlass des Gemeindeumschuldungsgesetzes noch 24,8 vH betrug, ist somit bereits in den ersten Monaten der Wirksamkeit des Gesetzes auf 9,4 vH zurückgegangen. Am Schlusse des Jahres 1933 entfielen rd. 76 vH der Inlandsschulden auf langfristige und weitere 15 vH auf mittelfristige Beträge (am 30. September langfristig 60 vH, mittelfristig 15 vH).

Am weitesten fortgeschritten ist die Konsolidierung der Schulden bei den Großstädten. Bei ihnen ist der Anteil der kurzfristigen Schulden im Berichtszeitraum von rd. 26,7 vH (900 Mill. *R.M.*) auf 8,8 vH (323 Mill. *R.M.*) zurückgegangen. Er liegt jetzt unter dem bei den Mittelstädten festzustellenden Anteil kurzfristiger Schulden, der sich von 21,0 auf 10,8 vH ermäßigt hat. Bei den Provinzialverbänden, deren kurzfristige Schulden an sich nicht sehr beträchtlich sind, ergab sich eine Verminderung von 16 auf 12 vH. Auch die mittelfristigen Schulden sind bei ihnen stärker gesunken, während sie sich bei den übrigen Gruppen der erfaßten gemeindlichen Körperschaften kaum geändert haben, da den Abgängen infolge Umschuldung in langfristige Tilgungsanleihen auf der anderen Seite Zugänge aus der gesetzlichen Stundung kurzfristiger Beträge gegenüberstanden.

^{*)} Neu erfaßt wurden die Gehaltseinbehalten auf Grund der Preußischen Sparverordnung vom 8. Juni 1932. Sie beliefen sich am 31. Dezember 1933 für die Gemeinden über 50 000 Einwohner und die Provinzialverbände in Preußen auf 23,9 Mill. *R.M.*

¹⁾ Die rd. 625 Mill. *R.M.* Auslandsschulden sind noch mit den Paritätskursen umgerechnet. Durch die beim nächsten Bericht vorzunehmende Umrechnung nach den Stichtagskursen wird sich eine Verminderung um schätzungsweise 200 Mill. *R.M.* ergeben.



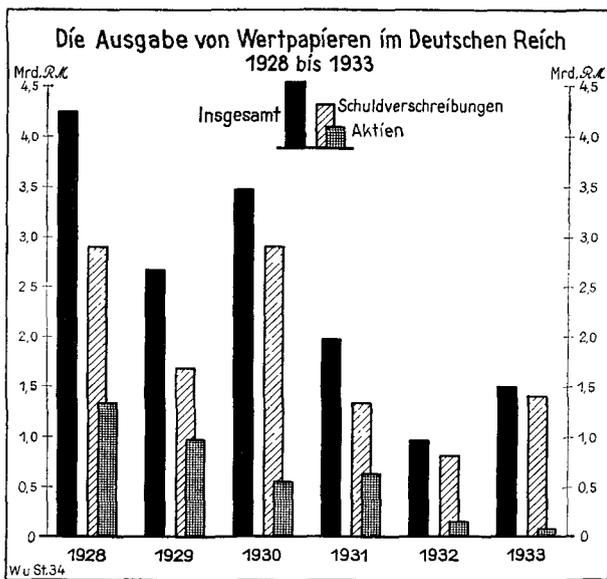
Insbesondere fällt hier der Gegensatz der preußischen und der außerpreußischen Gemeinden auf. In Preußen ist die Mehrzahl der größeren gemeindlichen Körperschaften dem Umschuldungsverband beigetreten (52 von 74), während im übrigen Reichsgebiet die nicht beigetretenen Körperschaften überwiegen (23 gegen 17). Von der insgesamt zur Umschuldung angebotenen Summe (1,67 Mrd. *ℛ.ℳ.*) treffen auf preußische Gemeinden und Provinzialverbände, die an der erfaßten Kommunalschuld nur mit 74 vH beteiligt sind, 1,53 Mrd. *ℛ.ℳ.* oder 91 vH. Für die Gemeinden in den übrigen Ländern ergibt sich zusammen nur ein Umschuldungsbetrag von rd. 150 Mill. *ℛ.ℳ.* Dabei treten die noch in der Schwebe befindlichen und die streitigen Beträge mehr hervor als bei den preußischen Gemeinden.

Durch die dem Bedürfnis entsprechende regere Umschuldungstätigkeit in Preußen ist der bisher gegenüber den anderen Reichsteilen zu beobachtende Unterschied in der Konsolidierung der Kommunalschulden fast ausgeglichen worden. Der Anteil der langfristigen Beträge an den gesamten Inlandsschulden ist bei den Gemeinden über 50 000 Einwohner und den Provinzialverbänden in Preußen während der Berichtszeit von 56,9 auf 75,9 vH gestiegen und deckt sich nun fast völlig mit dem entsprechenden Anteil bei den außerpreußischen Gemeinden, der sich durch die bis 31. Dezember 1933 rechtskräftig gewordene Umschuldung nur von 70,8 auf 76,5 erhöht hat.

Die Ausgabe von Wertpapieren im Jahre 1933.

Im Jahre 1933 betrug die Ausgabe von Wertpapieren im Deutschen Reich 1 514 Mill. *ℛ.ℳ.*, 55 vH mehr als im Vorjahre. Der Emissionsbetrag des Jahres 1931 in Höhe von 1 980 Mill. *ℛ.ℳ.* ist jedoch noch nicht erreicht. Gegenüber den Jahren des wirtschaftlichen Anstiegs (1926 bis 1928) beläuft sich die Wertpapierausgabe nur etwa auf ein Drittel.

Die Ausgabe von langfristigen Wertpapieren ist im Jahre 1933 nur schwer zur Bildung von Sachkapital in Beziehung zu setzen. Die Wirtschaft befand sich in der Jahresmitte 1932 in einem für den Tiefpunkt der Depression typischen Zustand: Industrieunternehmungen und Banken waren durch die Schrumpfung der Geschäftstätigkeit und durch staatliche Maßnahmen liquider geworden, so daß am Geldmarkt starkes Angebot herrschte. Auf der anderen Seite hatte sich der Investitionsbedarf der Unternehmungen gestaut, weil den Kreditgebern das Vertrauen zur langfristigen Anlage ihres Kapitals fehlte. Daher war es den Unternehmungen bei dem niedrigen Kursstand der Wertpapiere so gut wie unmöglich, Geldkapitalien aufzunehmen. Da die natürliche Folge dieses Zustandes, die Fluktuation vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt nicht eintrat, versuchte der Staat durch die Ausgabe von Steuergutscheinen diese für den konjunkturellen Auftrieb erforderliche Entwicklung herbeizuführen. Der gewünschte Erfolg trat nicht in vollem Umfang ein, da die damals vorhandene Unsicherheit der politischen Lage den Unternehmern noch nicht den »Mut zur Konjunktur« gegeben hatte. Erst nach der nationalsozialistischen Revolution besserte sich auch die Lage am Kapitalmarkt. Jetzt wirkte sich die Ausgabe der Steuergutscheine erst in vollem Umfang aus. Aber im Rahmen der nun wirksamen Auftriebskräfte hatte die Ausgabe von Wertpapieren nicht den gleichen Charakter wie früher bei einem entsprechenden Zeitpunkt des Konjunkturanstiegs. Während früher die ausgegebenen Wertpapiere ausschließlich zur Finanzierung der Investitionen dienten, wurden im Jahre 1933 z. B. die Steuergutscheine zum Teil zur Bestreitung laufender Aufwendungen verwandt. Die Investitionen dagegen wurden im Jahre 1933 zum Teil aus laufenden Mitteln vorgenommen, wie z. B. die wichtigen Investitionen der öffentlichen Hand im Arbeitsdienst. Außerordentliche Ausgaben für Investitionen und außerordentliche Finanzierung durch Ausgabe von Wertpapieren einerseits und laufende Ausgaben im laufenden Betrieb und laufende Finanzierung durch Betriebsmittel (bzw. Etatmittel) andererseits wurden also nicht so scharf getrennt wie in früherer Zeit; mit anderen Worten, die neuen Wege zur Finanzierung des konjunkturellen Auftriebs haben die kreditpolitische Aufgabe, den noch nicht hinreichend funktionsfähigen Kapitalmarkt zu ersetzen.



Unter den Emissionen der Jahre 1932 und 1933 nehmen die Schuldverschreibungen der öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Unternehmungen eine hervorragende Stellung ein, vor allem die Ausgabe der Steuergutscheine und die Einzahlungen auf die steuerfreie Reichsbahnanleihe. Im Jahre 1933 betragen die von öffentlichen Körperschaften und öffentlichen Unternehmungen ausgegebenen Schuldverschreibungen 998 Mill. *ℛ.ℳ.* oder 66 vH der Gesamtemissionen, im Vorjahre 511 Mill. *ℛ.ℳ.* oder 52 vH. Ihr Anteil an den Gesamtemissionen hat sich also beträchtlich erhöht, aber auch die übrigen Emissionen haben von 463 Mill. *ℛ.ℳ.* auf 516 Mill. *ℛ.ℳ.* zugenommen.

Die Steuergutscheine haben einen anderen Charakter als alle bisher ausgegebenen Wertpapiere des Staates und anderer Kreditnehmer. Durch ihre Ausgabe werden nicht die angesammelten Kapitalansprüche der Kreditgeber auf den Kreditnehmer übertragen, sondern mit ihrer Hilfe wird den Empfängern ermöglicht, Geldkapital zu bilden. Erst beim Weiterverkauf werden verfügbare Geldkapitalien gebunden.

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute belief sich im Jahre 1933 auf 423 Mill. *ℛ.ℳ.* gegenüber nur 303 Mill. *ℛ.ℳ.* im Vorjahre. Noch stärker als in dieser Zunahme kommt die Besserung am Kapitalmarkt darin zum Ausdruck, daß der Umlauf von im Inlande begebenen Goldpfandbriefen und Goldkommunalobligationen weniger zurückgegangen ist als im Vorjahre.

Rueckgang von	1932	1933
	in Mill. <i>ℛ.ℳ.</i>	
Goldhypotheken-Pfandbriefen	258	94
Goldkommunal-Obligationen	61	41
zusammen	319	135

2,6 Mill. R.M. und die Feist Sektellerei A. G. in Frankfurt a. M. um rd. 1,1 Mill. R.M. im Verhältnis 5:1.

41 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 24,9 Mill. R.M. wurden im April aufgelöst. Die beiden in Konkurs geratenen Aktiengesellschaften wurden während der Inflationszeit gegründet.

Durch Eröffnung des Liquidationsverfahrens wurden aufgelöst die Getreide-Verwertung A. G. in Berlin mit einem Nominalkapital von 2 Mill. R.M., die Sächsische Nähfadefabrik vormals R. Heydenreich in München mit einem Kapital von rd. 1,2 Mill. R.M. und die Sud-Film A. G. in Berlin mit einem Kapital von 1 Mill. R.M.

Durch Fusion mit der Vereinigten Stahlwerke A. G. wurden beendet: die Gußstahl-Werk Witten A. G. in Witten (Aktienkapital 10,4 Mill. R.M.) und die Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerke A. G. in Düsseldorf (Aktienkapital 6,5 Mill. R.M.).

Die Bewegung der Unternehmungen im April 1934.

Im April 1934 haben die Gründungen bei allen Unternehmungsformen, mit Ausnahme der Einzelfirmen und Personalgesellschaften, abgenommen, die Auflösungen bei allen Unternehmungsformen, ebenfalls mit Ausnahme der Einzelfirmen und Personalgesellschaften, zugenommen. Bei den Einzelfirmen und Personalgesellschaften hat sich die Zahl der Gründungen stark erhöht, die Zahl der Auflösungen erheblich vermindert. Dadurch ist bei den Einzelfirmen und Personalgesellschaften ein Überschuß der Gründungen über die Auflösungen von 168 eingetreten, nach Abzug der Löschungen von Amts wegen sogar von 239. Von den im April 1934 gegründeten und aufgelösten Genossenschaften waren (Vormonatszahlen in Klammern):

	Gründungen	Auflösungen
Kreditgenossenschaften	12 (14)	56 (48)
Landwirtschaftliche Genossenschaften	368 (414)	62 (64)
Gewerbliche Genossenschaften	22 (28)	12 (14)
Konsumvereine	12 (12)	4 (6)
Baugenossenschaften	— (3)	15 (12)

Bewegung der Unternehmungen	1934		1934		1934	
	April	März	April	März	April	März
	Gründungen		Auflösungen ¹⁾		Aufl. ohne Löschg. v. Amts w.	
Aktiengesellschaften ...	6	8	41	30		
Gesellschaften m. b. H. ...	223	232	417	403	394	355
Genossenschaften	424	483	170	158		
Einzelfirmen, Off. Handlges. u. Komm. Ges.	1 175	1 092	1 007	1 397	936	1 250

¹⁾ Die Auflösung wird bei Aktiengesellschaften und Genossenschaften bei der Konkursöffnung und Einleitung des Liquidationsverfahrens, bei Gesellschaften m. b. H. usw. bei der Löschung im Handelsregister erlaßt.

Die Sparkasseneinlagen im März 1934.

Wie saisonmäßig zu erwarten war, ist der Einzahlungsüberschuß im Sparverkehr der deutschen Sparkassen im März 1934 scharf zurückgegangen. Er stellte sich nur auf 15,5 Mill. R.M. gegenüber 90,2 Mill. R.M. im Februar und 177,6 Mill. R.M. im Januar 1934. Im März 1933 hatten die Sparkassen sogar einen Auszahlungsüberschuß von 0,3 Mill. R.M. aufzuweisen. Zu dem Einzahlungsüberschuß im Berichtsmonat kommen noch 17,3 Mill. R.M. Zinsgutschriften und 21,6 Mill. R.M. Aufwertungsgutschriften, so daß sich die Spareinlagen insgesamt um 54,4 Mill. R.M. auf 11 620,7 Mill. R.M. erhöhten.

Bewegung der Spareinlagen bei den Sparkassen in Mill. R.M.	Einzahlungen	Aufwertungs-gut-schriften ¹⁾	Zins-gut-schriften	Gut-schriften ins-gesamt Sp. 2 bis 4	Auszahlungen (Last-schriften)	Einzahlungs-überschuß Sp. 2- / 6	Einlagen-überschuß Sp. 3 / 6
Marz 1931	585,2	6,0	24,4	615,6	518,7	66,5	96,9
» 1932	384,3	18,8	30,4	433,5	470,8	-86,5	-37,3
» 1933	417,8	7,2	21,4	446,4	418,2	-0,3	28,2
Dezember 1933	408,1	29,5	86,3	523,9	396,7	11,4	127,2
Januar 1934 ²⁾	664,0	106,7	164,3	935,1	486,4	177,6	448,7
Februar 1934 ²⁾	461,1	168,7	69,6	699,4	370,9	90,2	328,5
März 1934	455,8	21,6	17,3	494,7	440,3	15,5	54,4

¹⁾ Soweit statistisch festgestellt. — ²⁾ Abgeänderte Zahlen, da die bayerischen Sparkassen jetzt ihre Depositeneinlagen nicht mehr unter den Spareinlagen, sondern zusammen mit den Giro- und Kontokorrenteinlagen nachweisen.

Die Verminderung des Einzahlungsüberschusses ist auf eine Abnahme der Einzahlungen und auf eine Steigerung der Auszahlungen zurückzuführen. Die Einzahlungen gingen um 5,3 Mill. R.M. auf 455,8 Mill. R.M. zurück, die Auszahlungen erhöhten sich um 69,4 Mill. R.M. auf 440,3 Mill. R.M., die Rückzahlungshäufigkeitsziffer stieg von 3,11 vH im Februar auf 3,65 vH im März. Diese Veränderungen halten sich im Rahmen der Saisonbewegung und sind durch das Frühjahrs- und Ostergeschäft bedingt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs sind die Einzahlungen um 38,0 Mill. R.M., die Auszahlungen aber nur um 22,1 Mill. R.M. gestiegen.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in den beiden Vormonaten hatten die Sparkassen einzelner Länder und Landesteile wieder einen Auszahlungsüberschuß aufzuweisen. Besonders in West- und Nordwestdeutschland hat sich der Sparverkehr bei den Sparkassen verhältnismäßig ungünstig entwickelt.

Einlagen*) bei der Deutschen Sparkassenorganisation ¹⁾ in Mill. R.M.	Spareinlagen bei den Sparkassen	Deposit-, Giro- und Kontokorrenteinlagen				Gesamteinlagen	
		beiden Spar-kassen	im säch-sischen Gironetz*)	bei den Kommunal-banken ²⁾	Zus. Spalte 3 bis 5	bei den Spar-kassen ³⁾ Sp. 2 u. 3	bei der ges. Sparkassen-organisation Sp. 1 u. 6 ⁴⁾
1	2	3	4	5	6	7	8
Ende März 1931	11 043,7	1 424,3	332,8	169,1	1 926,2	12 467,9	12 969,8
» 1932	9 950,5	1 258,8	268,6	142,3	1 669,3	11 209,3	11 620,2
» 1933	10 396,3	1 090,1	246,0	117,0	1 453,1	11 486,4	11 849,4
» Dez. 1933	10 808,3	1 227,8	251,6	107,9	1 587,3	12 036,1	12 395,5
» Jan. 1934 ¹⁾	11 234,5	1 303,9	254,8	96,5	1 655,2	12 538,3	12 889,7
» Febr. 1934	11 565,6	1 341,8	262,2	101,1	1 705,2	12 907,4	13 270,7
» März 1934	11 620,7	1 305,5	262,1	²⁾ 98,4	³⁾ 1 666,0	12 926,2 ²⁾	13 286,6

¹⁾ Die nach Ländern gegliederte Übersicht über den Stand und die Bewegung der Spareinlagen im März 1934 ist im Deutschen Reichsanzeiger vom 9. Mai 1934, Nr. 107, veröffentlicht. — ²⁾ Ohne Girozentralen. — ³⁾ Sächsisches Gironetz = Girokassen, Zweiganstalten der Girozentrale Sachsen, Stadt- und Girobank Leipzig und Chemnitzer Girobank. — Nene Reihe (ohne die eigenen Mittel der Girokassen, die bisher unter den Einlagen nachgewiesen wurden). — ⁴⁾ Zusammengestellt nach den Zweimonatsbilanzen; für die ungeraden Monate wurden die Zahlen interpoliert. — ⁵⁾ Ab Januar 1934 werden die Depositeneinlagen der bayerischen Sparkassen (rd. 37 Mill. R.M.) nicht mehr unter den Spareinlagen, sondern — wie in den außerbayerischen Ländern — zusammen mit den Giro- und Kontokorrenteinlagen nachgewiesen. — ⁶⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Deposit-, Giro- und Kontokorrenteinlagen der Sparkassen haben sich im März um 35,8 Mill. R.M. auf 1 305,5 Mill. R.M. verringert. Der Rückgang ist ebenfalls saisonmäßig; im Vorjahr war die Abnahme gleich groß, obwohl der Bestand damals um rd. 220 Mill. R.M. geringer war als heute. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die bayerischen Sparkassen ihren Bestand an Depositeneinlagen, der heute etwa 37 Mill. R.M. beträgt, jetzt, ebenso wie die außerbayerischen Sparkassen, zusammen mit den Giro- und Kontokorrenteinlagen nachweisen, während diese bisher zusammen mit den Spareinlagen angegeben wurden¹⁾. Die Einlagen bei den Anstalten des sächsischen Gironetzes sind im Berichtsmonat fast unverändert geblieben.

¹⁾ Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, wurde die Einlagenstatistik der bayerischen Sparkassen auch für die Monate Januar und Februar 1934 noch einmal nach der neuen Erhebungsmethode aufgestellt.

Die Notenbanken im April und Anfang Mai 1934.

Die Devisenverluste haben im April und Anfang Mai noch mit unverminderter Schärfe angehalten. Sie verstärkten sich in dem Maße, in dem der Auslandsabsatz durch wirtschafts-politische und stimmungsmäßige Abwehr des Auslands weiter gehemmt war. Die Einkaufssperre für Textilien und andere Rohstoffe kann bei den Fristen, die üblicherweise zwischen Ankauf einerseits, Verschiffung und Bezahlung andererseits laufen, die aus dem Textilverbrauch und der Ausfuhrschrumpfung entstandene Belastung der Devisenbilanz vorerst nicht lindern.

Durch diese Devisenverluste haben sich die bei der Reichsbank und den 4 Privatnotenbanken zentralisierten Reserven an Auslandzahlungsmitteln (Gold und Devisen) im April um 33,5 Mill. R.M. und in der ersten Maihälfte um weitere 45,7 Mill. R.M. vermindert. Diese Verluste fallen um so schwerer ins Gewicht, als gleichzeitig auch die Bestände an Auslandwechseln zurückgegangen sind, und zwar um einen Betrag, der in der Größenordnung von 20 Mill. R.M. liegen dürfte. Seit Jahresbeginn hat also die Reichsbank insgesamt rd. 270 Mill. R.M. an Gold, Deckungsdevisen und Auslandwechseln abgegeben.

Die unerwünschten Wirkungen der Devisenverluste sind dreifacher Art. Die verbliebenen Goldreserven reichen nicht

Die schwache Haltung der Effektenkurse ist um so beachtlicher, je mehr die Lage der Wirtschaft und namentlich der Aktiengesellschaften diejenige Besserung zeigt, auf der sich sonst eine Erhöhung der Kurse aufzubauen pflegte. Zu den gesamtwirtschaftlich wertvollen Sekundärwirkungen, die die unmittelbare Arbeitsbeschaffung auf die Geldseite der Wirtschaft ausstrahlt, gehört die Förderung der Kapitalbildung. Die Mehrbeschäftigung führt auch denjenigen Einzelpersonen und Geldanstalten Mehreinnahmen zu, die sie in Wertpapieren anlegen können. Für die Bewertung der Aktien ist außerdem wichtig, daß die Bereinigung des Marktes und die Rentabilität der Gesellschaften weitere Fortschritte machen.

Im April ist für weitere 7 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 33,8 Mill. *R.M.* (darunter Oberbedarf mit einem Kapital von 27,7 Mill. *R.M.*) die Notiz eingestellt worden. Dadurch ist die Zahl der an der Berliner Börse gehandelten Aktien, die vor 5 Jahren noch 825 betrug, auf 578 zurückgegangen. Gleichzeitig hat I. G. Farben 130 Mill. *R.M.* Aktien eingezogen. Das an der Berliner Börse gehandelte Stammaktienkapital hat sich im April im ganzen auf 9,3 Milliarden *R.M.* vermindert.

Der Aktienindex, der sich im Durchschnitt März noch auf 77,0 vH stellte, ist im Durchschnitt April auf 75,0 vH und bis 15. Mai auf 73,4 vH zurückgegangen. An dieser neuen Kursabschwächung sind ausnahmslos alle Gewerbegruppen beteiligt; stärkere, über den Durchschnitt hinausgehende Kursrückgänge sind bei den Aktien der Gruppen Schiffahrt, Öle und Wachs und Hypothekenbanken eingetreten. Zum Teil hängen allerdings die Kursrückgänge damit zusammen, daß die für das Geschäftsjahr 1933 gezahlte Dividende abgegangen ist.

Die durchschnittliche Dividende dieser Aktien stellt sich Ende April auf 3,27%. Gegenüber dem Vormonat ist dieser Durchschnitt dadurch gedrückt, daß das Kapital der I. G. Farben herabgesetzt worden ist, seine hohe Dividende also mit einem gegenüber dem März verringerten Gewicht bei der Durchschnittsbildung berücksichtigt ist. Außerdem ist durch die im April bekanntgewordenen Jahresabschlüsse die durchschnittliche Dividende etwas zurückgegangen. Es haben zwar 10 Gesellschaften (darunter Rütgerswerke) ihre Dividendenzahlungen wieder aufgenommen, weitere 6 Gesellschaften haben ihre Dividenden erhöht. Gleichzeitig aber haben 5 Gesellschaften abweichend vom Vorjahre von einer Dividendenausschüttung abgesehen; hierunter fallen auch die beiden großen Ölmühlen, die dividendenlos geworden sind, seitdem mit Rücksicht auf die inländische Fetterzeugung und die Schwäche der Devisenbilanz die Einfuhr aus-

ländischer Ölfürchte gehemmt wurde. Außerdem haben 5 Gesellschaften, vor allem die Golddiskontbank ihre Dividende ermäßigt. Der Ausfall an Dividende bei diesen 10 Gesellschaften ist höher als die Mehrdividende bei den 16 Gesellschaften. Allerdings ist dieser im April eingetretene Rückgang der Durchschnittsdividende nur auf die Dividendenkürzung der Golddiskontbank mit ihrem hohen Kapital zurückzuführen. Von diesem Sonderfall und dem der Ölmühlen abgesehen, hält die durch die unmittelbare Arbeitsbeschaffung ermöglichte Steigerung der Rentabilität und der Dividendenzahlungen an.

Kurse und Dividenden der an der Berliner Börse gehandelten Aktien	Zahl der Papiere	Nominalkapital Mill. <i>R.M.</i>	Dividende		Kurs	Rendite %	Kurswert Mill. <i>R.M.</i>
			%	Mill. <i>R.M.</i>			
30. April 1929	825	10 866,0	8,38	910,2	152,76	5,49	16 598,9
30. » 1930	785	10 882,5	8,38	912,5	132,65	6,32	14 435,4
30. » 1931	747	10 758,1	7,16	769,9	94,28	7,59	10 142,9
30. » 1932	699	10 832,4	3,83	415,1	50,67	7,56	5 488,8
30. » 1933	633	10 102,8	3,03	306,4	83,59	3,62	8 445,3
28. Februar 1934	591	9 533,1	3,29	313,5	88,14	3,73	8 402,1
31. März 1934	585	9 502,6	3,34	317,3	88,58	3,77	8 417,4
30. April 1934	578	9 338,8	3,27	305,2	85,38	3,83	7 973,2

Ihre kursmäßige Auswirkung wird aber dadurch gehemmt, daß die Durchschnittsdividende und die aus ihr und dem Kursstand sich ergebende Rendite (mit 3,83% Ende April) noch erheblich hinter dem Ertrag zurückbleibt, der bei dem gegenwärtigen Kursstand aus der Anlage in festverzinslichen Wertpapieren zu erzielen ist. Die 6%-Goldpfandbriefe der Hypothekenbanken erbringen bei dem Kursstand von Mitte Mai noch eine Verzinsung von 6,55%.

Kurse in- und ausländischer Staatsanleihen.

Kurs am Monatsende	7% Dawes-Anleihe NewYork	5 1/2% Young-Anleihe NewYork	4 1/4% Liberty Loan NewYork	4% Victory Loan London	4% franz. Rente 1917 Paris	4 1/2% Staatsanleihe von 1917 Amsterdam	4% Rüd. Staatsanleihe 1930 Zürich
Okt. 1933 ..	71,88	43,88	102,41	110,50	77,55	101,69	100,90
Nov. » ..	78,38	54,44	101,00	109,63	75,90	101,95	100,40
Dez. » ..	77,50	54,88	101,41	110,69	76,95	102,00	100,50
Jan. 1934 ..	83,75	60,31	102,13	110,88	75,65	101,88	100,68
Febr. » ..	85,31	58,69	102,66	110,19	76,60	101,00	98,72
März » ..	72,50	45,63	103,34	111,06	72,10	100,13	96,32
April » ..	70,38	44,63	103,97	111,19	84,75	100,38	98,55

Die Kriegsschuldenfälligkeiten an die Vereinigten Staaten von Amerika am 15. Juni 1934.

Der 15. Juni ist neben dem 15. Dezember¹⁾ der Hauptfälligkeitstermin für die Zahlungen aus den Kriegsschulden und den damit im Zusammenhang stehenden politischen Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten. An diesem Tage werden die Zahlungen von 13 europäischen Ländern fällig²⁾.

Die Fälligkeiten des 15. Juni 1934 setzen sich zusammen aus den planmäßigen Zahlungen, wie sie in den Fundierungs-

Die Kriegsschuldenfälligkeiten an die Vereinigten Staaten von Amerika am 15. 6. 1934 in 1 000 \$	Fällige Verpflichtungen				
	auf Grund der Fundierungsabkommen		auf Grund des Hoover-memoratoriums	Zinsen auf rückständige Beträge	Insgesamt
	Tilgung	Zinsen			
Großbritannien	—	75 390	9 721	560	85 671
Frankreich	36 692	19 154	3 047	107	59 000
Italien	12 600	1 238	896	8	14 742
Belgien	4 300	2 375	484	—	7 159
Rumänien	1 200	—	49	—	1 249
Jugoslawien	300	—	—	—	300
Polen	—	3 535	456	48	4 039
Tschechoslowakei	1 500	—	183	—	1 683
Estland	—	282	37	4	323
Finnland	—	148	19	—	167
Lettland	—	118	15	1	134
Litauen	42	92	14	1)	149
Ungarn	—	33	4	*)	37
	56 634	102 364	14 925	730	174 652

1) 0,596. — 2) 0,439.

*) Vgl. *W. u. St.*, 14. Jg. 1934, Nr. 1, S. 27. — *) Die in der Übersicht aufgeführten Beträge verringern sich unter Umständen geringfügig, wenn bei Finnland für die Zinszahlungen die neuen niedrigeren Satze berechnet würden, die in den Verhandlungen über die Neuregelung der finnischen Kriegsschulden festgesetzt worden sind.

abkommen geregelt sind (Tilgungen oder Zinsen), aus den Nachzahlungen für die im Hooverjahr aufgeschobenen Beträge und aus den Zinsen für rückständige nach Ablauf dieser Schonfrist nicht geleistete Kapitalbeträge. Die Junistrate beläuft sich auf insgesamt 174,7 Mill. \$ gegenüber 153,1 Mill. \$¹⁾ am 15. Dezember 1933; am vergangenen Fälligkeitstermin haben die Vereinigten Staaten freilich nur einen Bruchteil davon, 8,9 Mill. \$²⁾, vereinnahmt. Mit welchem Eingang die Vereinigten Staaten am 15. Juni rechnen können, ist noch ungewiß. Einige Länder haben wieder Teilbeträge als Anerkennungs Zahlungen angeboten.

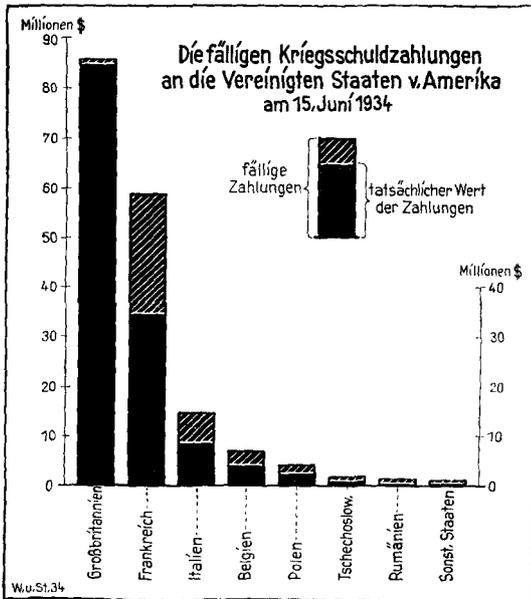
Die Frage der Anerkennungs Zahlungen hat aber durch die kürzlich in Kraft getretene Johnson-Bill ein wesentlich anderes Gesicht erhalten; dieses Gesetz verbietet grundsätzlich jede Anleihegewährung amerikanischer öffentlicher oder privater Kreditgeber an solche Länder, die ihren Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten nicht nachkommen. Am 11. Mai hat nun das amerikanische Staatsdepartement den diplomatischen Vertretern der Schuldnerländer mitgeteilt, daß auch solche Länder als in Verzug befindlich betrachtet werden und damit unter die Johnson-Bill fallen, die nur Anerkennungs Zahlungen leisten. Hinsichtlich der bisherigen Teilzahlungen wurde durch den zur Auslegung der Johnson-Bill angerufenen Generalstaatsanwalt entschieden, daß Großbritannien, die Tschechoslowakei, Italien, Lettland und Litauen wegen ihrer bisherigen Anerkennungs Zahlungen nicht als säumig angesehen werden.

1) Einschließlich 142 190 \$ Zinsen für rückständige Zahlungen. — *) Die in *W. u. St.*, 14. Jg. 1934, Nr. 1, S. 28 für das 2. Halbjahr 1933 (am 15. 12.) angegebenen Beträge sind insofern zu berichtigen, als Litauen nicht, wie anfangs gemeldet, eine Teilzahlung von 10 000 \$, sondern nur von 7 000 \$ geleistet hat.

Im übrigen kommt bei der Junifälligkeit den Schuldnerländern die Abwertung des Dollars auf 59,06 vH der früheren Goldparität zugute, da die Schuldenzahlungen an die Vereinigten Staaten nicht in Dollar zur alten Goldparität, sondern zu der beträchtlich ermäßigten neuen Parität zu leisten sind.

Die Ersparnisse bei den Kriegsschuldenzahlungen an die Vereinigten St. v. Amerika am 15. 6. 1934 infolge der Dollarabwertung	Fällige Beträge			Ersparnis	
	in \$	in Landeswährung umgerechnet zu		in Landeswährung	in vH
		den alten Goldparitäten	der neuen \$ Parität ¹⁾		
Schuldnerländer					
		in 1 000			
Großbritannien	85 671 £	17 604	16 552	1 052	0,6
Frankreich	59 000 fr	1 505 913	889 428	616 485	40,9
Italien	14 742 Lira	280 090	165 428	114 662	40,9
Belgien	7 159 fr	51 490	30 411	21 079	40,9
Rumanien	1 249 Leu	208 768	123 303	85 464	40,9
Jugoslawien	300 Dinar	17 034	13 143	3 891	22,8
Polen	4 039 Zloty	36 004	21 265	14 739	40,9
Tschechoslowakei	1 683 Kč	56 797	39 137	17 660	31,1
Estland	323 Kroon	1 205	1 153	51	0,4
Finnland	167 Markka	6 612	7 292	*) - 679	*) - 10,3
Lettland	134 Lat	699	413	286	40,9
Litauen	149 Litas	1 479	873	605	40,9
Ungarn	37 Pengö	214	179	35	16,1

¹⁾ Umgerechnet zum Aprildurchschnitt an den Börsen von Paris, Amsterdam und Zürich. — ²⁾ Mehrbelastung.



Die durch die Abwertung des Dollars erzielte Entlastung ist bei den Ländern am größten, deren Valuta stabil geblieben ist, während bei den Ländern, deren Valuten selbst entwertet sind, die Ersparnis von dem Entwertungsgrad abhängt. So ergibt sich, daß das größte Schuldnerland Großbritannien infolge des relativ starken Absinkens des £-Kurses einen verhältnismäßig geringeren Vorteil aus der Dollarabwertung bei seinen Schuldenzahlungen hat, während der zweitgrößte Schuldnerstaat Frankreich, obwohl er zu den säumigsten Schuldnern gehört, bei etwaigen Zahlungen am meisten ersparen würde. Eine ähnliche Entlastung würde für Italien, das seit Juni 1933 Teilzahlungen geleistet hat, und Belgien, das wie Frankreich seit dem Hooverjahr in Zahlungsverzug ist, eintreten.

Finnland, das als einziges Land unter den 16 Schuldnerstaaten bisher jede Zahlung voll geleistet hat, zieht aus der Dollarentwertung keinerlei Gewinn, da seine Valuta etwas stärker entwertet ist als die amerikanische. Allerdings ist Finnland bisher auch das einzige Land, dessen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu einer Neuregelung seiner Schuldverpflichtungen geführt haben. Der genaue Inhalt des neuen Abkommens, das dem Kongreß erst vorgelegt werden soll, ist noch nicht bekannt; nur soviel steht fest, daß Finnland in Zukunft erheblich geringere Zinsen als bisher — 3 1/2 % — zu zahlen haben wird. Eine auch nur teilweise Streichung der Kapitalschuld scheint im neuen Abkommen nicht vorgesehen zu sein.

Obwohl also die Abwertung des Dollars für die meisten Schuldnerländer tatsächliche Vorteile bringt, ist dadurch

noch keine Lösung des Problems der interalliierten Schulden gefunden. Denn die Zahlungen müssen — unbeschadet der tatsächlichen Leistungen der einzelnen Schuldnerländer — immer noch in demselben Dollar-Nominalbetrage geleistet werden, wie in den Fundierungsabkommen festgelegt ist. Einer Ermäßigung der Dollarhöhe der Schulden hat sich aber bisher der amerikanische Kongreß hartnäckig widersetzt. Seit dem Hoovermoratorium hat er sich, namentlich wegen der ständig wachsenden Haushaltsschwierigkeiten, wiederholt gegen jegliche Schuldenrevision oder Schuldenstreichung ausgesprochen; dem Plan, die Kriegsschulden als Kompensationsobjekt bei Handelsvertragsverhandlungen zu benutzen, hat kürzlich das Repräsentantenhaus dadurch einen Riegel vorzuschieben versucht, daß es der Zolltarifnovelle eine Klausel einfügte, die eine Verknüpfung von Kriegsschulden mit Tarifverhandlungen verbietet.

Das Kriegsschuldenproblem harrt also noch immer seiner Lösung. Ein kleiner Fortschritt ist vielleicht in der amtlichen Erklärung vom 9. Mai zu erblicken, daß Präsident Roosevelt nach wie vor bereit sei, Vorschläge über eine Neuregelung der Schulden von den Schuldnerländern entgegenzunehmen und zu prüfen. Überdies dürften die Schuldnerstaaten unter dem Eindruck der Johnson-Bill, die ihnen den Zutritt zum amerikanischen Kapitalmarkt versperren könnte, von sich aus geneigt sein, den Verhandlungsweg zu beschreiten. Von der Schuldnerseite gesehen stehen freilich einer Wiederaufnahme größerer Zahlungen bei der gespannten Finanz- und Devisenlage der meisten Schuldnerländer Schwierigkeiten des Transfers und der inneren Aufbringung entgegen. Da aber wegen der Einstellung des Kongresses zur Schuldenfrage mit einer großzügigen Gesamtlösung in absehbarer Zeit kaum zu rechnen ist, dürfte das bei den künftigen Einzelverhandlungen zunächst erreichbare Ziel (wie das Beispiel Finnlands zeigt) lediglich in einer Herabsetzung der Zinssätze bestehen. Die durchschnittlichen Zinssätze der einzelnen Schuldnerstaaten, die ursprünglich allgemein 5 % betragen, bewegen sich nach den Fundierungsabkommen zwischen 0,4 % (Italien) und 3,3 % (bei Großbritannien und den osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Jugoslawiens, das nur 1 % zahlt). Der Durchschnittzinssatz der französischen Kriegsschulden beträgt 1,6 %, der der belgischen 1,8 %.

Die Gesamthöhe der noch ausstehenden Zahlungen aus politischer Verschuldung an die Vereinigten Staaten von Amerika¹⁾ beläuft sich nach dem Ausweis des amerikanischen Schatzamtes vom 4. Januar 1934 auf rd. 12 Mrd. \$; davon entfallen 11,6 Mrd. auf fundierte und 0,4 Mrd. auf unfundierte Schulden²⁾.

Die ausstehenden Kriegsschuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Stande am 4. 1. 1934 ¹⁾ in 1 000 \$	Laut Fundierungsplan ausstehendes Kapital	Kapitalisierte Beträge der im Hooverjahr aufgeschob. Zahlungen	Planmäßig aufgeschobene Tilgungsraten	Fähge nicht geleistete Zahlungen nach Ablauf des Hooverjahres ²⁾	Ausstehende Beträge insgesamt
Schuldnerländer					

Länder, die voll gezahlt haben

Finnland	8 429	298	—	—	8 727
----------	-------	-----	---	---	-------

Länder, die nach dem Hooverjahr Teilzahlungen geleistet haben

Tschechoslowakei	159 571	2 859	—	2 853	165 283
Großbritannien	4 308 000	152 037	—	176 120	4 636 157
Griechenland I ³⁾	19 400	196	560	43	20 199
Griechenland II ³⁾	10 202	846	—	1 336	12 384
Italien	1 980 400	14 016	—	13 687	2 008 103
Lettland	6 750	239	37	286	7 313
Litauen	6 119	214	—	221	6 554
Rumanien	62 061	762	—	1 049	63 872
Zusammen	6 552 503	171 170	597	195 596	6 919 866

Länder, die nach dem Hooverjahr nichts gezahlt haben

Österreich	22 717	259	748	35	23 758
Belgien	392 280	7 577	—	11 309	411 167
Estland	16 133	572	90	990	17 785
Frankreich	3 830 809	47 655	—	82 308	3 960 772
Ungarn	1 871	66	—	115	2 052
Polen	201 982	7 136	1 125	12 318	222 560
Jugoslawien	61 100	—	—	525	61 625
Zusammen	4 526 892	63 265	1 963	107 600	4 699 719
Insgesamt	11 087 824	234 732	2 560	303 196	11 628 312

¹⁾ Soweit fundiert und ohne Deutschland. — ²⁾ Kapital und Zinsen einschl. der nicht geleisteten Nachzahlungen aus dem Hooverjahr. — ³⁾ Kriegsschuld. — ⁴⁾ Flüchtlingsanleihe.

¹⁾ Ohne die Verpflichtungen Deutschlands. — ²⁾ Rußland 337,2, Armenien 20,3 und Nicaragua 0,4 Mill. \$. — Die Sowjetunion ist übrigens als Nachfolgerin der alten russischen Regierung wegen der noch unfundierten 337 Mill. \$ durch den Spruch des Generalstaatsanwalts als im Verzuge befähigt erklärt worden, solange nicht ein befriedigendes Ergebnis bei den z. Zt. mit Sowjetrußland schwebenden Verhandlungen über die Anerkennung der altrussischen Schulden erreicht wird.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

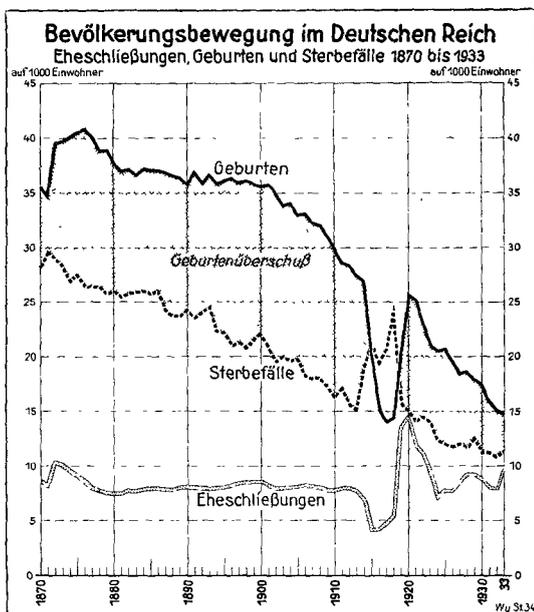
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich im Jahre 1933.

Die vorläufigen Auszählungen der Bevölkerungsvorgänge im Deutschen Reich ergaben:

	4. Vj. 1933	4. Vj. 1932	Jahr 1933	Jahr 1932
Eheschließungen	220 519	154 737	630 826	509 597
Lebendgeborene	228 855	228 960	956 915	978 210
Totgeborene	6 849	7 042	27 965	29 588
Gestorbene (ohne Totgeb.)	180 267	168 274	730 802	699 620
dar. unt. 1 Jahr alte Kind.	17 029	17 369	73 022	77 451
Geburtenüberschuß	48 588	60 686	226 113	278 590

Die starke Zunahme der Heiratshäufigkeit, die im 3. Vierteljahr 1933 in Auswirkung der gesetzlichen Förderung der Eheschließungen und infolge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit einsetzte, hat sich in den letzten Monaten des Jahres noch beträchtlich gesteigert. Im 4. Vierteljahr 1933 wurden im Deutschen Reich 65 782 oder 42,5 vH Ehen mehr geschlossen als in der gleichen Zeit des Vorjahrs, nachdem die Zahl der Eheschließungen im 3. Vierteljahr¹⁾ um 37 954 oder 31,7 vH gegenüber dem 3. Vierteljahr 1932 zugenommen hatte. Die Heiratsziffer war im 4. Vierteljahr bei einer durchschnittlichen Erhöhung um 4,0 je 1 000 Einwohner in den Städten um 4,2 und auf dem Lande um 3,9 je 1 000 größer als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Im 4. Vierteljahr nahm demnach die Zahl der Eheschließungen auf dem Lande fast ebenso stark zu wie in den Städten, während im 3. Vierteljahr 1933, zur Zeit der Erntearbeiten, auf dem Lande ein erheblicher geringerer Anstieg der Heiratsziffer als in den Städten festzustellen war. Auf 1 000 Einwohner kamen Eheschließungen

in den Gemeinden mit	im 4. Vierteljahr 1933	1932
über 100 000 Einwohnern	14,0	9,9
50—100 000 „	13,6	9,7
30—50 000 „	14,1	9,7
15—30 000 „	14,1	9,6
unter 15 000 „	13,1	9,2
Reichsdurchschnitt	13,5	9,5



Im ganzen Jahre 1933 war die Zahl der Eheschließungen im Deutschen Reich um 121 229 größer als im Jahre 1932. Dem entspricht, auf 1 000 der Gesamtbevölkerung berechnet, eine Erhöhung der Heiratsziffer um 1,8 (von 7,9 je 1 000 im Jahre 1932) auf 9,7 je 1 000 im Jahre 1933. Die Heiratsziffer des Jahres 1933 war sogar um 0,5 auf 1 000 höher als zur Zeit der verhältnismäßig günstigen Wirtschaftslage in den Jahren 1928 und 1929 (9,2 auf 1 000), sie war somit die höchste Ziffer, die, abgesehen von der

außergewöhnlichen Häufung von Eheschließungen in den ersten Nachkriegsjahren 1919/1922, im Reich beobachtet wurde.

Die Heiratsziffern betragen, auf 1 000 Einwohner und ein ganzes Jahr berechnet:

	1913	1931	1932	1933
im 1. Vierteljahr	6,2	6,0	6,2	5,8
„ 2. „	9,0	9,1	8,3	9,7
„ 3. „	6,7	7,6	7,4	9,7
„ 4. „	9,1	9,2	9,5	13,5
Durchschnitt	7,8	8,0	7,9	9,7

Die starke Zunahme der Heiratshäufigkeit in der 2. Hälfte des Jahres 1933 hatte auch eine beträchtliche Verminderung des Ausfalls an Haushaltsneugründungen, der in den Jahren der Wirtschaftskrise und zum Teil auch schon in den Jahren vorher wegen der dauernd unsicheren Erwerbsmöglichkeiten entstanden war, zur Folge. So wurden im 2. Halbjahr 1933 bei einer Heiratszahl von insgesamt 378 234 rd. 50 000 Ehen mehr geschlossen, als für diese Jahreshälfte unter normalen Verhältnissen, d. h. nach den Heiratswahrscheinlichkeiten von 1910/11, und entsprechend der gegenwärtigen Zahl und Altersgliederung der heiratsfähigen Männer zu erwarten gewesen wären. Damit ist der durch die Wirtschaftskrise verursachte Fehlbetrag an Eheschließungen, nachdem er im 1. Halbjahr 1933 noch um rd. 30 000 auf 330 000 angewachsen war, bis zum Jahresende auf 280 000 zurückgegangen.

In der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit sind im Jahre 1933 zwei grundsätzlich verschiedene Abschnitte zu unterscheiden. Die erste Jahreshälfte von 1933 brachte zunächst in Fortsetzung des bisherigen Geburtenrückgangs eine abermalige Abnahme der Zahl der Lebendgeborenen um 21 539. Dann aber trat eine Wendung in der Geburtenentwicklung insofern ein, als offenbar durch einen Rückgang der Häufigkeit der Fruchtabtreibungen nach der Wiederherstellung der Staatsautorität die Zahl der Geburten nicht weiter sank, z. T. sogar eine kleine Zunahme aufwies. Bereits im 3. Vierteljahr 1933 war eine kleine Zunahme der Geburtenzahl (um 400) zu verzeichnen. Diese Zunahme erfuhr zwar, wie die monatliche Sonderstatistik der Städte¹⁾ zeigt, im Oktober und November eine Unterbrechung infolge eines Ausfalls an Zeugungen in den Monaten Januar und Februar, der durch die Erkrankungen zahlreicher Personen während der damaligen Grippeepidemie bedingt war. Sie setzte sich aber im Dezember in verstärktem Maße fort, so daß die Zahl der Lebendgeborenen im 4. Vierteljahr sich mit 228 855 wenigstens fast auf der gleichen Höhe hielt wie im 4. Vierteljahr 1932 (228 960).

Im Endergebnis war die Gesamtzahl der Lebendgeborenen im Jahre 1933 infolge des Geburtenrückgangs im 1. Halbjahr noch um 21 295 niedriger als im Jahre 1932. Auf 1 000 Einwohner kamen damit nur noch 14,7 Lebendgeborene, 0,4 auf 1 000 weniger als im Jahre 1932 (15,1).

In den einzelnen Vierteljahren betragen die Lebendgeborenenziffern im Deutschen Reich, auf 1 000 Einwohner und ein ganzes Jahr berechnet:

	1913	1931	1932	1933
im 1. Vierteljahr	27,2	17,2	16,0	15,2
„ 2. „	26,8	16,5	15,4	14,9
„ 3. „	27,3	15,6	14,6	14,6
„ 4. „	26,3	14,5	14,1	14,0
Durchschnitt	26,9	16,0	15,1	14,7

Der Rückgang der Geburtenzahl im Jahre 1933 entfiel, soweit sich dies auf Grund der Sonderstatistik der Städte und anderer Teilergebnisse bereits beurteilen läßt, zum überwiegenden Teil auf die unehelichen Geburten. Die Zahl der unehelich Lebendgeborenen war nach der vorläufigen Schätzung mit rd. 101 000 um etwa 13 000 oder 11,4 vH kleiner als im Jahre 1932, in dem 113 831 uneheliche Kinder gezählt wurden. Die Zahl der ehelich Lebendgeborenen hat dagegen von 864 379 im Vorjahr nur um schätzungsweise 8 000 oder 1 vH auf 856 000 abgenommen. Der stärkere Rückgang der unehelichen Geburten dürfte in erster Linie durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Bestandes des fortpflanzungsfähigen Volksteils verursacht sein, die mit dem Anfrücken der zahlenmäßig schwachen Geburtenjahrgänge des

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 14. Jg. 1934, Nr. 4, S. 131.

¹⁾ Vgl. »W. u. St.«, 14. Jg. 1934, Nr. 6, S. 193.

